



Gorleben Rundschau



Vergangenheit

Fast zeitgleich mit dem Widerstand gegen Gorleben entwickelte sich Ende der 70er auch die Propaganda von Kreisverwaltung und Atomwirtschaft. Ein raues Klima entstand.

Gegenwart

Widerstandspartei, Menschenkette und Neckar-Castor sind gerade erst vorbei, doch das Protest-Jahr hält noch einige wichtige Aktionen gegen Atomkraft und für Klimaschutz parat.

Zukunft

Moderne Technik allein wird den Klimawandel nicht aufhalten können. Immer deutlicher tritt zu Tage, welche grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft bevorstehen.

Gemeinsam auf dem Weg

Lüchow-Dannenberg ist seit Mitte 2016 eine von bundesweit 40 Masterplan-Kommunen. Der Landkreis soll einen Weg aufzeigen, wie er seine Treibhausgasemissionen um 95 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts im Vergleich zu 1990 verringern kann. Da er einer der wenigen ländlichen Kommunen im Netzwerk der Masterplan-Kommunen ist, wird erwartet, dass von ihm neue Impulse für den Klimaschutz auch für andere ländliche Räume ausgehen.

Im Vorfeld hat sich die Klimaschutzleitstelle intensiv mit den Stärken der Region beschäftigt. Dabei war sehr schnell klar: Es ist vor allem die ausgeprägte Initiativekraft der hiesigen Bevölkerung, ihre Fähigkeit, sich zu organisieren, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen und Alternativen zu den gängigen Lebensstilen und Lösungsansätzen zu entwickeln, die das entscheidende Veränderungspotenzial birgt.

All dies hat seinen Ursprung in dem langjährigen Widerstand gegen Gorbelen. Und seine Kraft erwächst aus der Erkenntnis, dass der Widerstand gegen Atomkraft untrennbar zusammengehört mit Klimaschutz und einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung.

Aber wie schaffen wir eine Wende auf dem Land? Wie kann die Modellregion WEND:LAND entstehen? Und wieder sind es hauptsächlich unsere engagierten Bürger, die die Antwort geben: „Gemeinsam, hier und jetzt!“ Denn eine Recherche der Klimaschutzleitstelle hat ergeben, dass in unserem kleinen Landkreis fast 90 Initiativen existieren, die bereits jetzt an einer Wende arbeiten. Die übergroße positive Resonanz zu Veranstaltungen, die wir gemeinsam mit einigen dieser Akteure organisierten, bestärkt uns weiter, dass hier unser ‚Gold‘ liegt.

Und so bin ich mir sicher: Der Weg ist zwar noch sehr weit, die Herausforderung manchmal überwältigend, Brüche und Rückschritte Teil des Ganzen, aber wir können die Aufgabe bewältigen. Schritt für Schritt. Denn wir sind bereits gemeinsam auf dem Weg.

Hans-Albrecht Wiehler
Klimaschutzmanager



Kennen Sie eigentlich „World Check“? Wenn Sie jetzt denken, das sei ein Programm der UNO, um zu ergründen, ob wir die Klimabremse noch getreten kriegen oder eine Überprüfung der EU, in welchen Ländern die Menschenrechte eingehalten werden, um nur mit diesen (gerechten) Handel zu treiben, dann haben Sie weit gefehlt. World Check ist eine von der Nachrichtenagentur Thomson Reuters in London erstellte globale Namensliste von so genannten „Politically Exposed Persons“, auf die Großbanken „zur Einhaltung von Finanzvorschriften gegen Geldwäsche und zur Terrorabwehr“ zugreifen – gegen angemessene Gebühr, versteht sich.

Ein Datenleck und eine wochenlange journalistische Recherche haben die nach deutschem und europäischem Recht vermutlich illegale Datenbank jüngst auffliegen lassen. Allein zu Deutschland finden sich 15 000 Einträge, darunter Oppositionspolitiker, Demonstranten der Occupy-Bewegung und Greenpeace-Aktivisten;

weltweit finden sich amerikanische Whistleblower neben Tiereschützern und Menschenrechtsaktivisten, Dissidenten in Unrechtsregimen und Lokalpolitiker, die ohne ihr Wissen und ohne legitimen Anlass auf diese schwarzen Listen geraten sind. Personen und Organisation mit einem Eintrag bei World Check müssen mit erheblichen Schwierigkeiten schon bei einfachen Bankgeschäften und bei der Mittelbeschaffung rechnen.

Ein ähnliches Instrument zur subtilen Unterdrückung des legitimen Widerstandes gegen die fortschreitende Zerstörung sozialer Strukturen und unserer Lebensgrundlagen, gegen Krieg und ein verzehrendes Wirtschaftssystem, finden wir in der Genehmigungs- und Verbotspraxis von Demonstrationen und Protestcamps, der polizeilichen Aushebelung des basalen Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, wie wir es im Wendland seit Jahrzehnten kennen. Während die 20 Verantwortlichen für neunzig Prozent des Raubbaus an



**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

der Erde, für Krieg, Flucht und Vertreibung, die Waffenhändler und Hungerprofiteure dieser Welt in Hamburgs Luxushotels absteigen und auf den Balkonen Hamburger Bürger ihre Scharfschützen postieren, sollen den Teilnehmern des Gegengipfels für Globale Solidarität, den Demonstranten von „Gemeinsam gegen G20“ solidarische Camps und selbstorganisierte Strukturen verwehrt werden. Und der Hamburger Senat, der sich großwahnhaftig den G20-Gipfel für seine an der Vernunft der Hamburger gescheiterte Olympiabewerbung eingehandelt hat, lässt in Hamburgs Szenevierteln grundgesetzfreie „rote Zonen“ einrichten, in denen die kollektive freie demokratische Meinungsäußerung in der ach so Freien und Hansestadt plötzlich nicht mehr erlaubt ist.

Aber eines sollten uns Trump, Putin und Erdogan doch gelehrt haben: was sind denn all die anderen Bürgerrechte am Ende noch wert, wenn uns erst das Recht auf öffentlichen Widerspruch genommen ist?

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac) und Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Lia Jahrens (lj)
Weitere Mitarbeiter/-innen: wie namentlich gekennzeichnet – **Gestaltung:** Andreas Conradt – **Korrektorat:** Helga Wallat



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
 Lohweg 1, 30559 Hannover
 Auflage: 3900, gedruckt auf
 Recyclingpapier Circle Matt White
**Weitere Infos, Leserbriefe und
 Feedback auf der Website:**
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stieß mit ihren Plänen einer WAA in Dra- gahn und dem Bau eines Nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben auf unerwartet starke Ablehnung. Infobusse wurden mit Mist bedacht und Demonstrationen organisiert.

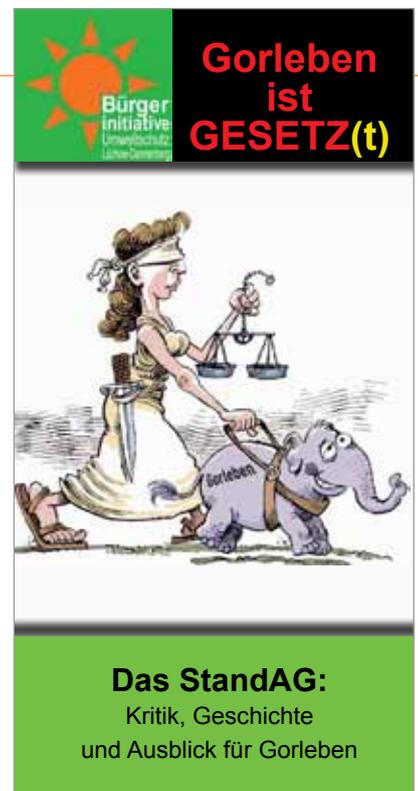
Und auch die angebotenen atomaren „Butterfahrten“ nach Karlsruhe und in die französische WAA in Cap de la Hague trugen eher zur Beunruhigung als zur Versachlichung der Diskussion bei.

Die dritte Reise für Lüchow-Dannenberg Bürger fand vom 16. bis zum 18. Mai 1977 statt. In enger Zusammenarbeit mit der DWK als finanzierendem Partner hatte die Kreisverwaltung rund 30 Plätze anzubieten. Auf Drängen der Bevölkerung und einiger Ratsherren konnten diesmal auch fünf Vertreter/-innen der Bürgerinitiative Umweltschutz mitfahren, um in direkter Anschauung jene Fragen zu stellen und Informationen zu sammeln, die Teilnehmer/-innen früherer Reisen offenbar nicht in der erwarteten Breite an die Bürger/-innen des Kreises weitergaben. Mit dem Bus ging es erst nach Karlsruhe und dann weiter nach Frankreich. Es wurde der Segen des Atoms gefeiert. Von Pannen und Gefahren kein Wort. Kritische Fragen selbstverständlich unerwünscht.

In La Hague angekommen, trafen sich dann Vertreter/-innen der BI, unter Verzicht auf das Pro-Atom-Abendgelage, mit französischen Gewerkschaftern und besuchten eine Bürgerversammlung der örtlichen französischen BI in einem Dorf außerhalb Cherbourgs. Diese Gespräche waren um einiges aufschlussreicher. (bh)

Neuer Flyer Gorleben ist Gesetz(t)

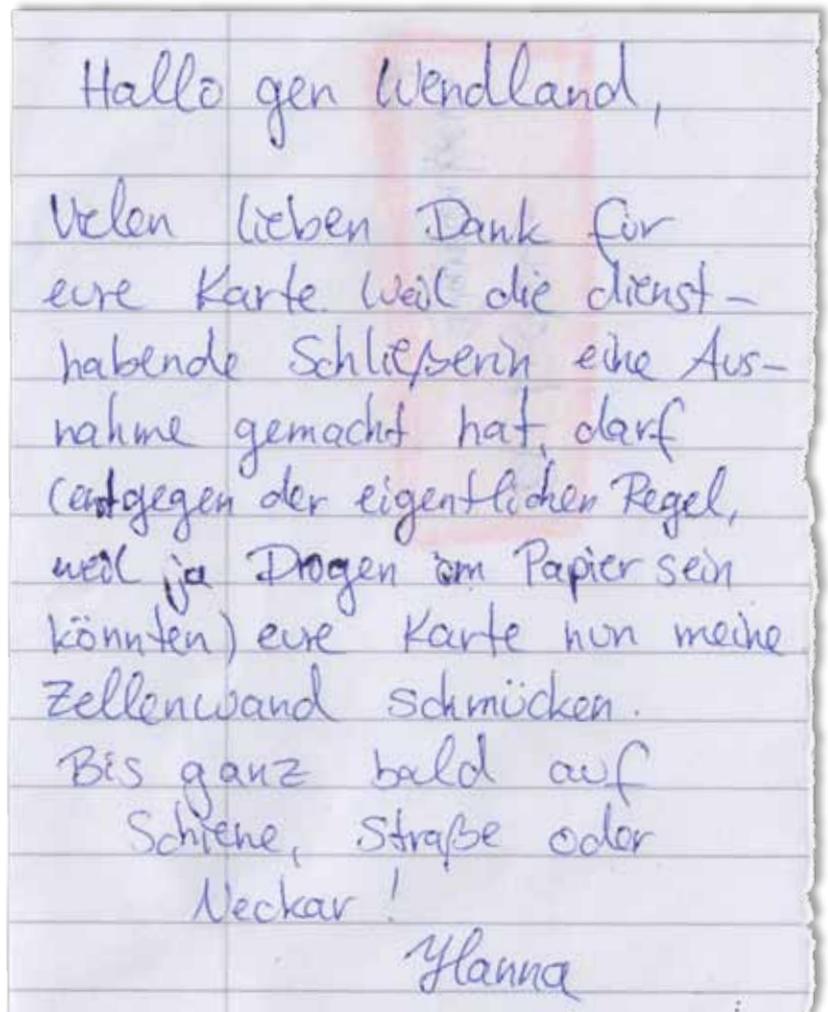
Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) hat einen neuen Flyer herausgebracht, mit dem sie über das kürzlich novel- lierte Standortauswahlgesetz in- formieren möchte. Der Unter- titel der Broschüre lautet dann auch „Das StandAG – Kritik, Ge- schichte und Ausblick für Gor- leben.“ Auf zehn Seiten werden unter anderem die BI-Forderun- gen und die harte Wirklichkeit des Gesetzes gegenübergestellt. Der Flyer kann im Internet [➔]¹ oder per Telefon bestellt werden (Tel.: 05841 - 4684). In den Öff- nungszeiten ist auch eine Abho- lung im BI-Büro in der Rosen- straße in Lüchow möglich. (ac)



„
Ich hoffe, dass die Prozesse nicht den gewünschten Abschreckungseffekt haben. Veränderungen werden nach wie vor erkämpft und nicht erbettelt. Atomausstieg bleibt Handarbeit

Irene, verurteilt
wg. Unterstützung
der Blockade
eines Uranzugs

Im Sommer 2012 versperrten eine Kletteraktion und eine Anketaktion einem mit abgereichertem Uran beladenen Zug zwischen Gronau und Münster die Weiterfahrt. Die beiden damals Angeketteten wurden vom Landgericht Münster zu Geldstrafen verurteilt. Hanna Poddig, eine der beiden, hat sich entschieden, ihre Strafe nicht zu bezahlen, sondern mindestens einen Teil davon in der JVA Hildesheim abzusitzen.



Brennelementesteuer BI fordert: Geld zurück!

Die Bürgerinitiative Lüchow-Danenberg (BI) hat sich mit einer Anregung an die Verbraucherzentrale in Hannover gewandt. Hintergrund ist der Streit um die Rechtmäßigkeit der Brennelementesteuer. ➡² Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht diese Steuer für unrechtmäßig erklärt. Rund sieben Milliarden Euro sollen nun vom Hauptzollamt an die Energiekonzerne überwiesen werden. „Hinzu kommen Zinsen von sechs Prozent pro Jahr, wovon alle Sparer nur träumen können“, schreibt die BI. Das Hauptzollamt hat mittlerweile die Kontoverbindungen abgefragt, um das Geld zu überwei-

sen. Im Gegenzug müssten die Atomstromeier dieses Geld aber unverzüglich an ihre Kunden zurückerstatten, denn die erhöhten Kosten durch die Brennelementesteuer seien mit Sicherheit an die Stromkunden weitergereicht worden, so die BI.

Da die Erstattung voraussichtlich nicht freiwillig erfolgen wird, regt die BI an, dass die Verbraucherzentrale in Hannover exemplarisch für einige Kunden, die Strom von Atomstromern beziehen, diese Forderung erhebt und bei einer Weigerung der Konzerne, das Geld zurück zu erstatten, auch Sammelklagen unterstützt. „Einen entsprechenden Vorstoß haben wir bereits unternommen“, informiert die BI. (pm)



Brennelementeexport Ministerium prüft Stopp

Mit dem Atomausstieg wurde 2011 parteiübergreifend zwar die Abschaltung von Atomkraftwerken beschlossen, aber nicht das Ende der Produktion von Kernbrennstoffen. Dagegen richtet sich seit geraumer Zeit der Protest verschiedener Bürgerinitiativen und Wissenschaftler/-innen – offenbar mit ersten Erfolgen: Das Bundesumweltministerium lässt derzeit prüfen, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Stilllegung der Urananreicherung in Gronau und der Brennelementeproduktion in Lingen möglich wäre. ➡³ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Klar ist: Das Atomgesetz und das Europarecht bieten keine Handhabe, die Lieferung von Brennelementen ins Ausland zu unterbinden, solange die Kernbrennstoffe dort nicht missbräuchlich verwendet werden, etwa als Waffen oder zu terroristischen Zwecken. Es kommt vor, dass die Rechts-

lage nicht alles zulässt, was man politisch für wünschenswert und richtig hält. Eine Regierung bleibt jedoch an Recht und Gesetz gebunden. Eine Schließung der Uranfabriken wäre deshalb der einzige Weg, den Export von Brennelementen zu verhindern. Darum lassen wir diese Option nun rechtlich prüfen.“ Solange Kernbrennstoffe in Deutschland produziert würden, müssten Behörden auch Ausfuhrgenehmigungen erteilen. Hendricks gibt zudem zu bedenken, dass eine Stilllegung der Urananreicherung und Brennelementeproduktion in Deutschland zwar zu einer konsistenten Linie in der deutschen Atomausstiegspolitik führen würde. Sie würde jedoch nicht die Beendigung des AKW-Betriebs in Belgien zur Folge haben, da die Brennelemente auf dem Weltmarkt anderweitig verfügbar seien. Dazu kommt, dass selbst mit geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen eine Stilllegung keinesfalls kurzfristig erfolgen könne. (pm)

Es ist bei den Atomkraftwerken Ti-hange, Doel, Cattenom und Fessenheim keineswegs gewährleistet, dass von ihnen keine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland ausgeht

Umweltstaatssekretäre Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, NRW



BI-Büro Aktion und Politik

Der Mai im Wendland steht ganz im Zeichen der kulturellen Landpartie. Zehntausende Menschen erleben dann kulturelle Vielfalt an mehr als 100 Punkten. Für die BI ein Höhepunkt des Jahres. Neben einem Info-Zelt auf der Mützingenta haben wir auch die Atomanlagen in Gorleben bespielt. Höhepunkt war erneut die kulturelle Widerstandspartie. Die Mischung aus den beliebten Wendlanddevotionalien und aktuellen Informationen zum Thema Gorleben spiegelt den Erfolg wieder. Ob die neu aufgelegte „Zur Sache: Salinare Hölle“ mit geologischen Informationen, der übersichtliche Flyer zum Standortauswahlgesetz „Gorleben ist Gesetz(t)“, die beliebten Vorträge an den Atomanlagen von Mitgliedern des Vorstands oder der Erwerb eines X-Buttons – wir hatten Einiges zu bieten. An mehr als sechzig Punkten standen unsere Info-Holzboxen, Gastauftritte in Zadrau und Klein Witzeetze und das Bemühen, alle Menschen am Pfingstfreitag in Gorleben zu versammeln, hielten uns auf Trab. Ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer/-innen wäre dies nicht möglich gewesen! Großer Dank und Respekt! Bundesweite Aktionen machen aber auch vor der KLP nicht Halt, und so saßen kurz nach den kraftraubenden Tagen die ersten Leute schon wieder auf gepackten Taschen. Der Neckar-Castor, die Menschenkette und die Vorbereitungen zu den G20-Protesten sorgten für eine satte Zugabe! In alle Himmelsrichtungen schwärmten wir aus, um Aktionen, Protest und Vorbereitungen zu unterstützen. Nah dran sein am Geschehen und möglichst viele Menschen teilhaben lassen, bleibt das Credo der BI. (tk)



Helmut Kohl Leider unvergesslich

Über Helmut Kohl wurde anlässlich seines Todes am 16. Juni viel geschrieben. Er wurde 87 Jahre alt. Für manche ist er ein großer Europäer und unvergesslicher Politiker. Dafür steht unter anderem das Bild, wie er über dem Schlachtfeld von Verdun dem französischen Ministerpräsidenten François Mitterrand die Hand reichte. Er selbst sagte später dazu, die Geste sei verabredet gewesen.

Andere nehmen bis heute Anstoß an seinem „Ehrenwort“. Damit deckte der damalige Kanzler Spender aus der Großindustrie. Denen, so Kohl damals, habe er sein Ehrenwort gegeben, niemals ihre Namen zu nennen, nachdem er im Januar 2000 eingeräumt hatte, zwischen 1993 und 1998 etwa zwei Millionen DM an Spenden erhalten zu haben, die er dann am offiziellen Rechnungswerk der CDU vorbei in schwarze Kassen schleuste. Die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelte gegen ihn wegen Untreue, Kohl blieb hart.

Völlig anders wiederum war Kohls Verhältnis zu Angela Merkel. Seine politische Ziehtochter wird ihn nie vergessen, sie wurde Umweltministerin und tat alles, um das Gorleben-Projekt nicht ins Wanken geraten zu lassen. Er selbst war als Bundeskanzler nie vor Ort, anders als sein Vorgänger Helmut Schmidt, auch Gerhard Schröder war zumindest als Ministerpräsident Niedersachsens wiederholt im Wendland. Dieser sagte schließlich über Kohl und sein Kabinett im Juni 1992: „Gegen den Bund ist nicht anzukommen.“

Wir haben dem Helmut Kohl so einiges zu „verdanken“ und werden auch das nicht vergessen: Als nach Abschluss der Tiefbohrungen in Gorleben, die damals federführende Bundesbehörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die Empfehlung aussprach, neben Gorleben auch andere Standorte als mögliches Endlager zu untersuchen, intervenierte das politische Bonn massiv. ↻⁴ Die Begründung der PTB wurde aufgeweicht, es ging auf einmal nicht mehr um ein fehlendes toniges Wasser abweisendes Deckgebirge, der Salzstock wurde gelobt und für „eignungshöflich“ erklärt. Aufgegeben wurde auch der Plan, der noch unter Helmut Schmidt galt, alternativ zu Gorleben einen anderen Standort zu untersuchen. 1982 wurde Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt, die FDP lief zur CDU über. Schließlich stimmte das Bundeskabinett unter Helmut Kohl am 13. Juli 1983 einer „untertägigen Erkundung“ zu, natürlich gleich in dem Stil, dass damit ein Bergwerk aufgefahren wurde. Unvergesslich! (we)



Wandel im Wendland WachstumsWende

Dem Klimawandel lässt sich nur mit einer Transformation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Miteinanders begegnen. Sie hat im WEND:LAND längst begonnen. Auf dem Gorlebenstag wurde ein Teil davon erfahrbar.

Wir wissen, wie es um den Planeten steht und dass es individuelle und gesellschaftliche Lösungen braucht, um den Wandel Wirklichkeit werden zu lassen. Doch um aktiv werden zu können, brauchen wir Impulse. „Trump steigt aus dem Klimaschutzabkommen aus – wir legen jetzt erst recht richtig los“, so Masterplanmanagerin Franziska Dittmer im Klimaschutzrundling, den die WachstumsWende in Kooperation mit der Klimaschutzleitstelle des Landkreises organisiert hatte.

Dort wurde deutlich, wie Wandel gestaltet werden kann. Impulse kamen von Initiativen wie Landwende, Reparatur-Café, Kulturland eG, Energieberatung Niedersachsen, uma institut sowie engagierten Einzelpersonen. In einem lebendigen Miteinander wurde informiert, ausprobiert und diskutiert - untereinander und mit Experten. Das Themenspektrum reichte von Leben ohne Plastik, Wohnen auf kleinem Raum, Mobilität im ländlichen Raum über Selbstversorgung und solidarische Landwirtschaft bis hin zu Kultur-, Bewusstseins- und Politikwandel.

Viele gingen mit neuen Impulsen, Antworten und Ideen zu der so dringenden Frage, wie ein klima- und ressourcengerechtes Leben aussehen könnte. „Ich war ganz überrascht zu sehen, was wir hier alles schon haben und wie viele tolle Menschen sich auf den Weg gemacht haben“, sagte einer der Besucher. Er ging mit Mut und Zuversicht. (lj)



Zwischenlager I Rostfässer überall

Beim Umräumen und Abtransport von Atommüllfässern im Abfalllager Gorleben, das – noch – von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben wird, werden regelmäßig Atommüllfässer „entdeckt“, die Rostspuren aufweisen, sogar Blähfässer werden gefunden.

Im Frühjahr hat sich die Zahl solcher Rostfässer auf 20 erhöht. ➔⁵ Aber auch in der Landessammelstelle des Landes Niedersachsen gibt es diese Probleme und zugleich den Plan, die dortigen Abfälle ins Abfalllager Gorleben zu verfrachten, moniert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). „Die Zwischenlagerung funktioniert nicht, was das für die Endlagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle bedeutet, lässt sich unschwer erahnen: nichts Gutes! Da geht es nicht um eine Million Jahre Sicherheit, sondern um ‚Aus den Augen, aus dem Sinn.‘“

Rostfässer sind längst keine Besonderheit mehr, auch in der Landessammelstelle des Landes Niedersachsen in Leese sieht es ähnlich aus. Mal ist ein Fass falsch deklariert, mal werden rostige Fässer gefunden. Das Besondere: in diesem Fall ist das Land selbst Betreiber. In der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Niedersachsen (LSSSt) lagern derzeit 12080 Stück 200-Liter-Fässer,

und das niedersächsische Umweltministerium als Verantwortlicher überlässt den Betrieb der Landessammelstelle einem sogenannten „Dritten“, der GNS, die wiederum eine weitere Firma (Eckert & Ziegler Nuclitec) beauftragt.

„Wenn schon nach kurzer Zwischenlagerdauer so große Probleme auftauchen – und das unter staatlicher Aufsicht – so denkt man mit Grausen an eine Endlagerung und die Strahlenfolgen. Woher soll eigentlich das Vertrauen resultieren, dass beim kommenden Wechsel der Zuständigkeiten alles besser würde, wenn in Gorleben nicht mehr die GNS, sondern der Staat auch für die Zwischenlagerung zuständig ist?“, fragt die BI. Im Jahr 2019 übernimmt der Staat die Regie im Abfalllager, schon am 1. August dieses Jahres auch für die Castor-Halle.

„Es kann also noch abenteuerlich werden“, prognostiziert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, „denn uns liegt das Protokoll der Begleitgruppe Landessammelstelle Leese vor, wo darüber spekuliert wird, wohin die Leese-Abfälle eines Tages gebracht werden könnten, wenn dort keine neue Halle gebaut wird: Ahaus, Karlsruhe und Gorleben sind dabei im Spiel.“ Erste Gespräche darüber würden bereits geführt, informierten die Mitarbeiter des niedersächsischen Umweltministeriums in jener Sitzung. (gr)

Weil das Bild vom Betreiber des Zwischenlagers in Gorleben stammt, zeigt es natürlich nur einwandfreie Fässer mit schwachaktivem Müll.

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird zzt. noch von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Ab 1. August übernimmt der Staat. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.

Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.

In der **Pilotkonditionierungsanlage (PKA)** soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Zwischenlager II Neue Zuständigkeit

Schneller als ursprünglich kommuniziert übernimmt der Bund die Zuständigkeit für die Zwischenlagerung nuklearer Abfälle. Ab 1. August geht die Verantwortung sukzessive auf den Staat über. ➔⁶ Den Anfang machen die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben, die kraftwerksnahen Lager wie auch die Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle sollen ab 2019 folgen.

Bekanntlich haben sich die Atomkraftbetreiber für 24 Milliarden Euro aus der Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung des Atommülls freigekauft. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) hatte diesen Deal heftig kritisiert, weil die Kosten ein Vielfaches betragen werden und auf diese Weise auf den Steuerzahler abgewälzt

werden. Umso empörender, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, sei es, dass offensichtlich sogar noch ein Kaufpreis zwischen dem Bundesumweltministerium und der GNS, einer Tochter der vier großen Atomkonzerne, ausgehandelt wurde. Zum Kaufpreis wollten sich Bund und GNS bisher nicht äußern. Die BI fordert: „Die Summe gehört auf den Tisch, soviel Transparenz muss sein!“

Alle Arbeitsplätze blieben erhalten, so heißt es, wenn dann die neue Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) die Geschäfte übernimmt. Ehmke: „Bei der Zwischenlagerung ändert sich also nichts, die Probleme bleiben, neue Pläne, wie die Lager ertüchtigt werden können, werden nicht präsentiert. Neu ist nur das Klingelschild.“ (pm)



Die Bürgerinitiative bittet um Hilfe:

Wenn ihr im Wendland auffällige Container-LKW mit dem Radioaktivitätszeichen seht, meldet euch bitte im BI-Büro und nennt Standort und Fahrtrichtung. Hotline: 05841-4684

Länder-Politik Bayern will Gorleben

Der Salzstock Gorleben bietet sich nach Ansicht von Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU) nach wie vor in besonderer Weise für ein Atommüllendlager an. ➔⁷ „Wenn man Gorleben in Augenschein nimmt, wird man feststellen, dass die Investitionen, die für diesen Standort schon getätigt worden sind, aus meiner Sicht nicht umsonst getätigt wurden. Man hat hier eine Gesteinsform vorgefunden, die sich für ein Endlager durchaus eignen würde“, sagte sie der Deutschen Presse-Agentur in München. Es sei daher richtig, dass der Standort im Wendland bei der neu gestarteten Suche nach einem Atommüllendlager wieder im Rennen sei.

„Wir haben eine weiße Landkarte, und da ist Gorleben wieder mit drauf – wie Bayern“, betonte Scharf.

Ihr niedersächsischer Amtskollege Stefan Wenzel (Grüne) sieht das freilich völlig anders: „Nach der gemeinsamen Beschlussfassung im Bundestag und im Bundesrat steht fest, dass es ein wissenschaftsbasiertes, transparentes und ergebnisoffenes neues Suchverfahren geben wird.“ Die Ausbaumaßnahmen im Salzstock seien beendet, der Rückbau zur reinen Offenhaltung habe begonnen. „Wenn es ein faires Suchverfahren gibt, ist Gorleben aus dem Rennen. Weitere Querschüsse aus Bayern sind für die Umsetzung des Standortauswahlgesetzes nicht dienlich.“ (gr)



Gut gelaufen Geschichte bei Gericht

Das hat Pastor i. R. Hans-Günter Werner noch nicht erlebt. Er ist seit langem in der Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung aktiv. Seit 30 Jahren demonstriert er gegen das AKW Brokdorf. Bis zu 400 Mitstreiter scharte er einst um sich. Heute kommen noch etwa zehn. Und an manch kalten Wintertagen steht Werner auch mal allein vor dem Tor des Kraftwerks. Am 6. Dezember 2016 jedoch ist er nicht allein. Wie stets parken die Teilnehmer der Mahnwache ihre Autos an der Zufahrt zum AKW – im absoluten Halteverbot. Das erregt das Aufsehen der örtlichen Polizeistreife, die Knöllchen verteilt. Werner weigert sich zu zahlen – und landet vor Gericht. Die Verhandlung wird ein Ausflug in die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Werner erzählt von den Anfängen. Wie die Demonstranten die Zufahrt zum Werksgelände blockierten. Auch Richter Meisterjahn hat Anekdo-

ten beizutragen. Er erinnert daran, dass das Amtsgericht für die vielen Brokdorf-Prozesse umgebaut wurde. In den 1980er Jahren gehörten auch zahlreiche Demo-Randalierer zur Stammkundschaft der Justiz. „Ein ehemaliger Gerichtsdirektor hat dann immer gesagt: „Da kommen wieder die Terroristen“, gibt Meisterjahn mit einem Schmunzeln zum Besten. Aber da ist ja noch das Knöllchen. „Ich bezeichne die Sache eher als stehenden Autokorso. Das war Teil der Demo. Und es war 30 Jahre lang kein Problem“, sagt Werner. Formell angemeldet sind die Demonstrationen allerdings nicht, wie er einräumt. Richter Meisterjahn sieht für einen lupenreinen Freispruch zwar keine Möglichkeit, weil die Demo eben nicht angemeldet war. Er entscheidet jedoch, das Verfahren einzustellen: „Die Verwarnung müssen sie nicht zahlen. Aber ihre Fahrtkosten zum Gericht werden nicht übernommen.“ Werner stimmt zu. (gr)

„Ich freue mich, dass zum ersten Mal eine Frau an der Spitze des Bundesamts für Strahlenschutz stehen wird

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks über Inge Paulini

In drei Phasen werden die Suchräume zunehmend eingengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann. Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig, wendet festgelegte Prüfkriterien an, führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter
www.gorleben-rundschau.de/links

- ¹ www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=12587
- ² www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/atomindustrie-100.html
- ³ <https://www.ippnw.de/presse/artikel/de/neue-stellungnahme-der-weg-zum-expo.html>
- ⁴ www.spiegel.de/wissenschaft/natur/atommuell-wie-die-regierung-kohl-die-gorleben-gutachter-unter-druck-setzte-a-647915.html
- ⁵ www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Uebersicht/Weiterer-angerostete-Faesser-in-Gorleben-festgestellt
- ⁶ www.bmub.bund.de/pressemitteilung/hendricks-bundesregierung-treibt-die-neustrukturierung-im-atombereich-voran/
- ⁷ <https://www.ulrike-scharf.de/index.php?ka=1&ska=4&idn=476>

Dämonen der Geschichte

Nicht nur der Protest *gegen*, auch die Propaganda *für* Gorleben trieb in den 70ern neue Blüten

40 Jahre Am Anfang war die Standortbenennung Gorlebens. Dann kam der Protest. Und dann erst – viel zu spät aus der Sicht der Befürworter – merkten Atomindustrie und Politik, in welches Wespennest sie im Wendland gestochen hatten. Die hektisch ergriffenen Maßnahmen gegen die Deutungshoheit der Anti-Atom-Bewegung atmeten noch den Geist der alten Republik von vor '68: Wir zitieren hier eine Passage aus einem Aufsatz des ehemaligen Lüchow-Dannenberg Oberkreisdirektors Wilhelm Paasche. Als Leiter des NS-Kreisschulungsamtes und der Organisationsstelle der Reichsstudentenführung der NSDAP war er im Nationalsozialismus kein ganz kleines Licht. In der Broschüre „Hannoversches Wendland“ als Teil der „Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung“ durfte Paasche noch 1981 trotzdem über die Anti-Atom-Bewegung herziehen.

Der Artikel erschien 1981 unter dem Titel „Das Ärgernis Gorleben“. Wir veröffentlichen ihn hier leicht gekürzt und mit der damals gültigen Rechtschreibung.

 In den letztvergangenen Jahren verband sich der Name des Hannoverschen Wendlandes und seiner kleinen Ortschaft Gorleben mit den Auseinandersetzungen um die Atomenergie. Hier vor allem wurden die Gefechte zwischen den Kernkraftgegnern und den Vertretern der bundesdeutschen Politik ausgetragen. Ein aktueller Bericht über die Lage im Wendland kommt daher schwerlich umhin, dieses für das Gebiet so schwerwiegende Problem aufzuzeigen. (...) Die Frage ist (...), wie man (...) gefährliche Stoffe so beseitigt, daß

sie Mensch, Tier und Pflanze nicht beeinträchtigen können. Wissenschaftliche Untersuchungen zu dieser Frage im Inland und weltweit im Ausland führten zu der These, daß Steinsalz genügender Mächtigkeit am besten geeignet sei, [radioaktive] Abfälle für die Dauer gegen die lebende Substanz auf der Erde abzuschirmen. Die Suche nach einem genügend großen Steinsalzlager, das bisher noch nicht bergmännisch erschlossen sein sollte, führte dann unter anderem zu dem großen Salzstock bei Gorleben. Die niedersächsische Landesregierung hatte ihn unter den als aussichtsreich für eine erfolgversprechende Prüfung befundenen Salzstöcken ausgewählt, weil sie meinte, daß das mit den geplanten Werken verbundene Arbeitsplatzpotential besonders dringend im Wendland benötigt würde.

Zu diesen Werken gehörte nach der Planung der Bundesregierung nicht nur die bergbauliche Verbringung der Abfälle in den Salzstock, sondern vor allem auch eine Fabrik zur Wiederaufbereitung der abgebrannten Kernbrennstäbe. (...) Alles in allem wurde mit einer Belegschaft der Werke mit 3600 Arbeitsplätzen gerechnet. Das hätte in der Tat zu einer durchgreifenden Entlastung der wirtschaftlichen Misere des Wendlandes führen können. Zu den Inhabern der Arbeitsplätze kommen ja deren Familienangehörige dazu und ferner eine nicht unerhebliche Zahl neuer Arbeitsplätze, die der Versorgung der neuen Einwohner dienen würden. Auch war damit zu rechnen, daß die Werke die heimische Wirtschaft mit zu-

sätzlichen Aufträgen versorgen würden. Man hätte damit rechnen können, daß für 15000 bis 20000 Menschen im Wendland zusätzlich Lohn und Brot bereitgestanden hätte.

Der Widerstand, der sich schon vorher bei den Auseinandersetzungen um Wiehl (eigentlich Wyhl, *Anm. d. Red.*), Brockdorf, Grohnde und andere Kernkraftwerke gezeigt hatte, führte natürlich dazu, daß die Verantwortlichen des Kreises Lüchow-Dannenberg und der betroffenen Gemeinden und Samtgemeinden dem Vorschlag ihrer Landesregierung mit der gebotenen Skepsis begegneten. Man las die Fachliteratur, man reiste zu den Forschungszentren der Bundesrepublik in Karlsruhe und Jülich und zu den großen ausländischen Wiederaufbereitungswerken in Cap de la Hague (Frankreich) und Windscale (England). Man begnügte sich dort nicht mit den beruhigenden Erklärungen der Werksleitungen. Es wurde ja von den Atomgegnern behauptet, daß in der Umgebung solcher Werke Krebs und Leukämie unter den Menschen herrschten und die landwirtschaftlichen Produkte durch entweichende Nukleide verdorben würden. Wenn an diesen Behauptungen etwas wäre, dann müßte dies in der Umgebung dieser seit Jahrzehnten betriebenen Institute festzustellen sein, zumal die Absicherung in der Anfangszeit ihres Betriebs noch primitiv und wenig wirksam gewesen war. Also wurden die Arbeitskräfte der Werke, die um die Werke in nächster Nähe wohnende Bevölkerung, wurden die kommunalen

Ein Auszug aus der „Kernzeitung“ der großen Stromversorger von 1979, die im Wendland (und anderswo?) kostenlos an Haushalte verteilt wurde und fortwährend von der Ungefährlichkeit der „Kernkraft“ und der Atommüllagerung in Gorleben sprach.

Vertreter dieser Bevölkerung und die Fachbehörden befragt. Diese Leute, die gar kein Interesse an der Verheimlichung von Unzuträglichkeiten haben konnten, versicherten einhellig, daß ihnen keinerlei Schäden bekannt geworden seien, die auf Emissionen der Werke hätten zurückgeführt werden können.

Die Atomkraftgegner beriefen sich auf einige Wissenschaftler und holten diese ins Wendland, um hier ihre skeptische Haltung in öffentlichen Veranstaltungen zu begründen. Also mußte man sich um die wissenschaftliche Auseinandersetzung kümmern. Die anerkannten Wissenschaftler der Kernphysik und der übrigen beim Betrieb von Kernteilungsanlagen berührten Wissensgebiete hatte die Bundesregierung in zwei Beratungsgremien berufen: Die Strahlenschutzkommission und die Reaktorsicherheitskommission. Wenn irgendwo, dann war in diesen Kommissionen der Sachverstand für die Gefahren der Kernenergie zu suchen. Die Politiker und Beamten des Kreises suchten daher Gewißheit bei diesen Männern zu finden. Sie meinten ihnen vertrauen zu können, da sie in ihnen durchweg den Typ des menschlich geraden und nur der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichteten Forschers alter Schule vorfanden. Ihre Auffassung zur Sache war einhellig: „Man hat die Gefahren der Kernenergie in der Hand; ernste Gefahren für die Bevölkerung um die geplanten Werke herum bestehen nicht.“ Die Kommissionen haben dann auch das zur Prüfung vorgelegte Konzept der geplanten Anlagen ohne wesentliche Vorbehalte für sicher erklärt.

Unterdessen wurde die Bevölkerung des Wendlandes von den Atomgegnern unter konzentrierten Beschuß genommen. Jahrelang ging täglich eine Flut von Informationen auf die Menschen nieder, deren Wahrheitsgehalt sie nicht nachprüfen konnten. Insbesondere eine offenbar gelenkte Überschwemmung der Lokalzeitung mit skeptischen Leserbriefen, Inserate von skeptischen Angehörigen einzelner Berufsgruppen, ständige Informations-

veranstaltungen der „Bürgerinitiative Umweltschutz“ und eine skeptische Berichterstattung der Lokalzeitung verfehlten neben den vielfältigen Demonstrationsveranstaltungen mit meist ganz überwiegend auswärtigem Teilnehmerkreis ihre Wirkung auf die Bevölkerung des Landkreises nicht. Dies um so mehr, als zunächst lange Zeit hindurch eine Informationstätigkeit durch Bund oder Land nicht zu erreichen war, obwohl sie von den örtlich Verantwortlichen immer dringender angefordert wurde. Als sie endlich begann, war die Bevölkerung schon so verunsichert, daß ein großer Teil derselben an die Wahrhaftigkeit der offiziellen Informationen nicht mehr glauben mochte. Überdies war der behördlich-bürokratische Stil dieser Informationsstellen wenig geeignet, die Bevölkerung in ähnlicher Form zu beeinflussen, wie die Propagandatätigkeit der Atomgegner dies auch weiterhin tat.

Die niedersächsische Landesregierung versuchte dann, sich und der Öffentlichkeit Klarheit zu verschaffen, indem sie alle skeptischen Wissenschaftler des In- und Auslands, die möglicherweise zur Sache etwas zu sagen hatten, zu einem Hearing einlud. Natürlich wurden auch Vertreter der herrschenden Lehre, die keine Bedenken gegen die geplanten Kernkraftanlagen hegt, dazugeladen, um deren Argumente denjenigen der skeptischen Seite gegenüberstellen zu können. Der hier geführte Dialog war wenig geeignet, von einer breiteren Öffentlichkeit begriffen zu werden. Es wurden aber jedenfalls keine Ergebnisse bekannt, die ernste Bedenken gegen die geplanten Anlagen oder die Kernenergie überhaupt begründet hätten.

Als Ergebnis gab die Landesregierung bekannt, daß sich ein nukleares Entsorgungszentrum so bauen läßt, daß die Bevölkerung und die Belegschaft nicht höheren Lebensrisiken ausgesetzt werden als durch andere industrielle und technische Einrichtungen, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat. Sie empfahl jedoch der Bundesregierung, das Projekt der Wiederaufarbeitung nicht weiter

zu verfolgen, solange es nicht gelungen ist, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit der Anlage zu überzeugen. Die politischen Voraussetzungen für die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage seien zur Zeit nicht gegeben.

Es darf bezweifelt werden, daß diese Verlautbarung der Landesregierung glücklich abgefaßt war, denn sie machte deutlich, wie leicht staatliche Maßnahmen durch eine konsequente einseitige Beeinflussung der Bevölkerung verhindert werden können, und daß es unserem Staat nicht gelungen ist, die Bevölkerung vor solcher Irreführung zu schützen und sie sachgerecht und wahrheitsgemäß zu informieren. Dazu wären Bund und Land verpflichtet gewesen. Im übrigen hätte die von der Landesregierung gebrachte Begründung vollauf genügt, eine einstweilige Zurückstellung der Wiederaufarbeitung zu begründen. Dazu brauchte man nicht die angeblichen Vorbehalte der Bevölkerung zu bestätigen. Es war im übrigen weder festgestellt noch erwiesen, daß die in Hannover und anderswo demonstrierenden Atomgegner mehr als eine schwache Minderheit der wendländischen Bevölkerung hinter sich hatten. Die späteren Abstimmungen im Kreistag und die Wahlergebnisse lassen dies sehr zweifelhaft erscheinen.

Zur Beurteilung der Situation wäre es natürlich sehr wichtig zu wissen, wer die Atomgegner eigentlich sind und wodurch sie zu ihrer erstaunlichen Aktivität motiviert werden. Dies ist sicher eine sehr komplexe Frage. Sie läßt sich aber im Wendland wegen der überschaubaren Verhältnisse vielleicht eher klären als anderswo. Sicher gehören zu dieser Front viele recht denkende Menschen, die sich um die Bedrohung der Natur und der natürlichen Lebensgrundlagen durch die technische Zivilisation sorgen. Sie meinten, daß gerade in einer Landschaft mit noch relativ viel gesunder ökologischer Struktur ein Zeichen des Einhalts gesetzt werden müßte. Sie haben sich aber offenbar über die Gefahren der Kernkraft falsch

Die in den Bürgerinitiativen Tätigen verstehen sich als Nachfolger der deutschen Terror-szene

Wilhelm Paasche, ehemaliges NSDAP-Mitglied

informieren lassen, sonst müßten sie sich fragen lassen, weshalb dieses Zeichen nicht schon längst vorher und an Hand anderer, erwiesener gefährlicherer Technologien – etwa des Straßenverkehrs – gesetzt worden ist. Man muß respektieren, daß sie bei zwei sich widersprechenden Informationen die gefährlichere für wahrscheinlich gehalten haben. Es ist dem normalen Sterblichen ja nicht ohne weiteres möglich, seinen Informanten ins Herz zu sehen.

Eine andere Gruppe, die von Anfang an erstaunliche Energie bei der Bekämpfung der hiesigen Planungen bewiesen hat, sind Leute, die sich durch diese Planungen in ihren persönlichen Interessen betroffen glaubten. Man muß wissen, daß das Hannoversche Wendland wegen seiner Ruhe, landschaftlichen Schönheit und geringen Bevölkerung seit Jahren von vielen Großstädtern als Wochenendheimat, Zweitwohnsitz oder Alterssitz erwählt wird. Der Landkreis hat unter Hinweis auf die genannten Qualitäten zur Ansiedlung als Zweit- oder Alterswohnsitz geworben. Viele dieser großstädtischen Siedler glaubten, daß durch die geplanten Anlagen und insbesondere in deren Bauzeit die Qualität ihrer Wohnsitze und deren Umgebung stark beeinträchtigt werden würde und fühlten sich daher in ihren Erwartungen getäuscht. Diese Leute bildeten von Anfang an das Rückgrat der hiesigen „Bürgerinitiative Umweltschutz“. Sie vertraten ein letztes Endes legitimes Anliegen, wobei sie allerdings die Möglichkeit einer Minderung ihrer Rechte und ihres Eigentums weit überschätzten.

Mit Sicherheit ist festzustellen, daß alle Feinde unserer Gesellschaft und unseres Staates sich sehr stark für den Kampf gegen die Atomenergie engagieren. Offensichtlich ist ihnen klar, daß ohne Kernenergie größte Schwierigkeiten auf unsere Wirtschaft zukommen, und sie alle erhoffen den Zusammenbruch unseres freiheitlichen Systems aus der Notlage großer Arbeitslosenzahlen. Das gilt vor allem für die verschiedenen kommunistischen Gruppierungen. Ein kommunistischer

Demonstrant hat hier auf die Frage, weshalb man nicht in Rußland oder der DDR gegen die dort geplante viel größere Menge von Kernkraftwerken protestiere, erklärt: „Im Ostblock ist die Kernenergie notwendig, aber im Westen können wir sie nicht dulden.“ Aber auch die Anhänger anderer unserer Ordnung feindlicher Richtungen, die sich ja in Westdeutschland bekanntlich vor allem aus Vertretern der Intelligenz rekrutieren, sehen in dem Widerstand gegen die Kernenergie ein hervorragendes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Ein an der Organisation der Aktivitäten der hiesigen Bürgerinitiativen hervorragend beteiligter Mann hat inzwischen ein Buch veröffentlicht, das er „Bericht aus dem Innern der Unruhe – Gorleber Tagebuch“ nennt. Es erscheint im Kern tatsächlich wie ein Tätigkeitsbericht an einen Auftraggeber. Aus dem Inhalt ergibt sich eindeutig, daß sich der Verfasser und andere in den Bürgerinitiativen tätige Gesinnungsgenossen als Nachfolger und Fortentwickler der früheren APO und der deutschen Terrorszene verstehen. Schon der Sprachschatz läßt nur diesen Schluß zu. Da wird statt von Polizeibeamten grundsätzlich von „Bullen“ gesprochen, und alles, was mit dem Staat und seinen Organen zu tun hat, ist der Feind, gegen den man mit allen Mitteln zu Felde ziehen muß. Zu dieser Gruppe gehören offensichtlich auch ei-

Salzstöcke sind stabil

Wissenschaftler begründen im Gorleben-Hearing die Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle

Über einen Punkt waren sich Befürworter und Kritiker des Gorleben-Projektes während der Anhörung am Samstag in Hannover einig: Wichtigste Voraussetzung für die Eignung eines Salzstockes zur Endlagerung radioaktiven Materials muß die Qualifikation sein, Abfälle bis zum Abklingen ihrer Radioaktivität sicher zu verwahren. Das heißt in der Sprache der Fachleute: die Abfälle dem Biocyclus zu entziehen.

Der Diplombergingenieur Dr. Klaus Kühn begründete eingehend, warum sich Salzstöcke besonders zur Endlagerung radioaktiven Materials eignen. „Steinsalz ist eines der wenigen Gesteine, die für Gase und Flüssigkeiten undurchlässig sind. Auch bei höheren Drücken verhält Steinsalz viskoplastisch (zähflüssig), daß sich keine Risse und Spalten bilden können. Außerdem besitzt Steinsalz eine besonders gute Leitfähigkeit für Wärme. Die bei

der Endlagerung von radioaktiven Abfällen freigesetzte Wärmemenge kann also gut abgeführt werden.“ Als wichtig erwähnte Dr. Kühn, daß sich im Salzstock die erforderlichen Räume zur Lagerung der Abfälle ohne technische Komplikation herstellen lassen.

In der Bundesrepublik wird seit 15 Jahren auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salz gearbeitet. Bisher, berichtet Dr. Kühn, seien keinerlei Ergebnisse zu verzeichnen, die Anlaß zu einer Änderung des Konzeptes gäben. Ähnlich gute Erfahrungen liegen auch aus den USA vor.

Dr. Kühn machte klar, daß einschlägige Erkenntnisse über die spezielle Eignung des Gorleber Salzstockes erst nach eingehenden Unterlage-Untersuchungen gewonnen werden können. Dies ändere jedoch nichts an der Tatsache, daß schon jetzt eine grundsätzliche Ent-

scheidung über die technische Realisierbarkeit des Projektes getroffen werden könne.

Die Aussagen von Dr. Kühn wurden durch mehrere in- und ausländische Fachleute kommentiert, unter ihnen Prof. Dr. Gerhart Echter-Bernburg, der auf über 40-jährige praktische und theoretische Erfahrung in Salzmineralogie zurückblicken kann. Prof. Echter-Bernburg: „Salzstöcke können selbst in Tiefen keine Risse bekommen, da sie abgewogen zurücksinken wie ein Raub auf ihre Feindstückchen.“ Das Salz passe sich plastisch jeder Veränderung an, falls überhaupt – was sehr unwahrscheinlich sei – je Veränderungen eintreten sollten. Er wies weiter darauf hin, daß die Salzstöcke sich vor etwa 100 bis 120 Millionen Jahren gebildet und zum letzten Mal vor 10 bis 15 Millionen Jahren nach einer Nordabdriftung stattgefunden haben. Salzstöcke seien also seit Millionen von Jahren stabil.

ne große Anzahl von Menschen, die nach Beginn der Auseinandersetzungen ins Wendland zugezogen sind und deren einzige Tätigkeit darin besteht, Propaganda gegen die Atomkraft und die geplanten Anlagen zu treiben. Es bedarf keiner Erklärung, daß all diese Leute keine Hemmungen bei der Wahl ihrer Mittel im Kampf gegen die Kernenergie besitzen. Zu diesen verschiedenen ursprünglichen Atomgegnern gesellten sich dann im Laufe der Zeit mehr und mehr Menschen, die Propagandabehauptungen der aggressiven Atomgegner Glauben schenken und meinten, sich und ihre Mitmenschen vor einer großen Gefahr bewahren zu müssen. Hierzu gehörten vor allem viele Jugendliche, für die es sich einzusetzen lohnt, meinten, hier nun endlich ein lohnendes Ziel gefunden zu haben. Das um so mehr, als es die Möglichkeit bot, gegen obrigkeitliche Maßnahmen zu opponieren und bei den Demonstrationen fröhlich „Rabatz zu machen“.

Die Auseinandersetzungen um Gorleben haben dem Hannoverschen Wendland zwar viel Publizität beschert, im übrigen aber sicher viel mehr geschadet als genützt. Der ideologische Zwiespalt zerstörte manche Freundschaft und manchen Nachbarfrieden und ging oft mitten durch die Familien. Welch ein Fest für die Feinde unseres freiheitlichen Rechtsstaates! ☐



Kulturelle

Das Konzept ist aufgegangen: Tausende kamen am Freitag vor Pfingsten nach Gorleben zur Widerstandspartei der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Auf zwei Bühnen informierten Martin Donat und Kerstin Wittstamm sowie Wilma Rabe und Wolfgang Ehmke zwischen den Band-Auftritten über die unselige Rolle Gorlebens bei der weiteren Endlagersuche. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hatte indessen das Thema Dauerzwischenlagerung in den Fokus ihrer Treckerrundfahrten gestellt, die um das Gelände der Gesellschaft für Nuklearservice

(GNS) mit der Castorhalle, dem Fasslager und der Pilot-Konditionierungsanlage, führten. „Ohne Aktionsanlass wie bei den Castortransporten ist nun der Gorleben-Tag während der Kulturellen Landpartie die Gelegenheit, viele Menschen zu erreichen, um klarzustellen, dass sich Gorleben als Endlagerstandort noch lange nicht erledigt hat. Im Gegenteil, wieder einmal sind die geologischen Ausschlusskriterien für ein Endlager politisch so gestrickt worden, dass der Salzstock im Spiel bleibt, deshalb demonstrieren wir vor Ort“, so BI-Sprecher Ehmke.



Widerstandspartie Landpartie

Wie als Antwort auf den Rückzug Donald Trumps von den internationalen Klimavereinbarungen, waren die halbstündigen Sofagespräche zu den Themen plastikfreies Leben, Wohnen im Tiny House, Gemeinschaftsnutzung in der Mobilität, Selbstversorgung und Solidarische Landwirtschaft sowie Kultur-, Bewusstseins- und Politikwandel ein viel besuchter Anlaufpunkt. Auf dem Sofa standen lokale Experten den Fragen der Moderatoren und aus dem Publikum Rede und Antwort.
„Der Protest gegen Atomkraft war und ist auch immer ein Pro-

test gegen das konventionelle Energiesystem gewesen“, so Ehmke. „Wir wollten dem noch mehr Rechnung tragen und hatten Engagierte des Landkreises eingeladen, ihre Aktivitäten zu einem ressourcengerechten Leben vorzustellen.“ Diese Einladung haben die WachstumsWende Wendland in Kooperation mit der Klimaschutzleitstelle des Landkreises zum Anlass genommen, diese Veranstaltung zum Thema Suffizienz zu organisieren, auf der Engagierte und Initiativen zeigten, wie es ihnen gelingt, Genügsamkeit und Maßhalten in ihren Alltag zu integrieren. (we)

„... fast wie beim Castor!“

Trinationale Menschenkette wird zum vollem Erfolg



Aktionen Wer hätte vor ein paar Jahren gedacht, dass sich die Stadt Aachen und ihre Umgebung zu einer echten Anti-Atom-Hochburg entwickeln würden? **Torben Klages** berichtet vom Ausflug zur Menschenkette von Aachen nach Tihange.

Die belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel haben ermöglicht, was nicht zu erwarten war. Vor dem Hintergrund etlicher Störfälle und insbesondere der Entdeckung von Haarrissen im Reaktordruckbehälter entwickelte sich die latente atomare Bedrohung zu einer akuten Betroffenheit, eine Diskussion um Jodtabletten holte das Szenario einer Strahlenkatastrophe endgültig

ins Bewusstsein der Bevölkerung und lies die Debatten in einen Widerstand münden, der sich aus Gesellschaft und Politik gleichermaßen speist.

Als sich plötzlich 2000 Menschen auf einer Demonstration in Aachen versammelten, schallte Respekt aus der Anti-Atom-Bewegung ins Dreiländereck. Es folgte eine Aktion des ehemaligen Fussball-Bun-



desligisten Alemannia Aachen, der die Einnahmen eines Spieles vor 30 000 Zuschauern dem Aachener Aktionsbündnis spendete. Schließlich erwuchs die Idee einer 90 Kilometer langen Menschenkette über Ländergrenzen hinweg durch die Regionen Aachen und Maastricht bis zum Atomkraftwerk Tihange bei Lüttich in Belgien.

Aller vorangegangener Erfolge zum Trotz war das ein sehr ehrgeiziges Ziel, zumal die Region um Aachen bis dahin nicht gerade als die Anti-Atom-Hochburg der Republik bekannt war.

Wer aber, wie die verhältnismäßig kleine Delegation der BI Lüchow-Dannenberg, die Reise nach Aachen auf sich nahm, konnte schon am Vortag bei einem Bummel durch die Stadt spüren: „Hier geht was!“ Bei der Masse von Aufklebern, Transparenten und Schildern staunten die wendländischen Aktiven nicht schlecht: Ob in Geschäften, an öffentlichen Plätzen oder an Balkons und in Fensterscheiben von Wohnhäusern – überall gibt es Verweise auf die Menschenkette und den Protest gegen die belgischen Meiler. „Das ist ja fast wie Castor!“

Der Tag der Menschenkette begann für die wendländischen Aktiven mit der Reise nach Visé an den Maaskanal in Belgien, wo Menschen aus dem Wendland ihren Platz in der Kette finden sollten. Und er begann mit Regen und mit großen Lücken in der Kette. Beides aber war nur von kurzer Dauer: Mit der Sonne kamen die Anti-Atom-Aktivist/-innen, und der Abschnitt mit den wenigen Menschen aus dem Wendland, Bad Oldesloe und Groß Garz wurde schlagartig überströmt mit hessischen Aktiven, die mit einer ganzen Bus-Flotte anreisten.

Und dann: 14 Uhr 45, die Minute der Wahrheit. Und, ja, soweit das Auge blicken konnte eine geschlossene Kette von Protestierenden. So viele Menschen an einem entlegenen Kanal irgendwo in Belgien – das konnte nur bedeuten, dass die Aktion im Ganzen, dass die Menschenkette von Aachen nach Tihange ein voller Erfolg geworden ist. 50 000 Menschen säumten in jenem Moment die rund 90 Kilometer lange Strecke und machten die Aktion zu einem starken Zeichen.

Tag X am Neckar

Atommülltransport erstmals per Schiff durchgeführt



Aktionen Letzten Monat fand der erste von insgesamt fünf für dieses Jahr geplanten Schiffstransporten von hochradioaktivem Atommüll auf dem Neckar statt. Auch eine kleine Gruppe aus dem Wendland leistete Widerstand. Von Andreas Conradt

Beim bislang ersten Atommülltransport auf einem deutschen Fluss sind Ende Juni drei Castoren per Schubverband auf dem Neckar vom AKW Obrigheim zum Kraftwerk in Neckarwestheim gebracht worden.

Dabei musste der heiße Transport rund 50 Kilometer und dabei 23 Brücken und sechs Schleusen passieren. Er wurde von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet.

Auch die Gegner der Castortransporte hatten sich am Ufer des Flusses eingefunden. Insgesamt waren die Proteste jedoch überschaubar.

Dennoch plant das Aktionsbündnis, auch bei den in diesem Jahr noch folgenden vier Fahrten präsent zu sein und weiterhin die Anwohner am Neckar zu informieren. Was offenbar bitter nötig ist: Viele fragten, was da auf dem Neckar stattfindet, dass ein so großes Polizeiaufgebot nötig sei. Warum die Gemeinden entlang der Fahrtroute ihre Anwohner nicht ausreichend informiert haben, war zunächst nicht in Erfahrung zu bringen.

Die Gemeinde Neckarwestheim immerhin hatte – wenn auch erfolglos – gegen den Atommülltransport geklagt. Eine Entscheidung, ob sie gegen die Ablehnung ihres Eilantrags Einspruch einlegen soll, war bei Redaktionsschluss noch nicht gefallen.

Der Antrag wurde zurückgewiesen, obwohl die „Rechtmäßigkeit der Genehmigung in der Sache im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu klären ist...“. Denn auch dem Gericht wurden, wie zuvor schon der Gemeinde, nur geschwärzte Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Wo ist die Äkschn?

Das Protest-Jahr 2017 hält noch einiges parat



Aktionen Wer da gedacht hat, nach – halbherzigem – Atomausstieg und – angeblichem – Neustart in der Endlagersuche käme die Anti-Atom-Bewegung zur Ruhe, würde gar einschlafen, der sieht sich durch die vielen Aktivitäten dieses Sommers eines Besseren belehrt. **Andreas Conradt** hat zusammengefasst, was los ist.



Gegen den ersten Neckar-Castor Ende Juni wurde heftig protestiert. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe lagen keine Angaben über Termine der folgenden Transporte vor.

Weitere Infos:
neckar-castorfrei.de

Während die letzten Zeilen für diese Ausgabe getippt wurden, lief an den Atomanlagen in Gorleben die „Kulturelle Widerstandspartei“, während das Heft im Druck war fanden die Menschenkette gegen das marode belgische AKW Tihange und der erste von insgesamt fünf Castortransporten auf dem Nerckar statt und während noch die Auslieferung der Zeitschrift läuft, protestieren in Hamburg Zehntausende gegen den G20-Gipfel. Doch da kommt noch mehr ...

» Nackar-Castoren

Unklar war bei Redaktionsschluss, wann die weiteren vier Atommülltransport auf dem Neckar vonstattengehen werden.

dieses unabgeschlossene „Gorleben-Kapitel“ nun überholt von aktuellen Ereignissen: In diesem Jahr sollen weitere zwölf Castor-Behälter aus dem Atomkraftwerk Obrigheim ins benachbarte Neckarwestheim verfrachtet werden. Die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg (BI) ist an den Aktionen gegen die Schiffspassage beteiligt und hält sie für einen „überflüssigen und gefährlichen Transport“, wie es die BI-Frau Kerstin Rudek ausdrückt. Die EnBW als Betreiber habe diesen Weg allein aus Kostengründen gewählt. Einig sei sich die BI mit den südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen in der Forderung, statt des Wassertransports in Obrigheim ein Lager zu errichten.

» e-Ventschau



Freitag, 28.7. ab 17.30 und Samstag, 29.7. ab 14 Uhr. Ort: Hof Thiele, Am Bruch 1, 21371 Tosterglope, OT Ventschau

Weitere Infos:
e-ventschau.de

Lange war ungewiss, wohin die letzten 21 Behälter mit den hochradioaktiven Abfällen aus den Wiederaufarbeitungsanlagen Cap de La Hague und Sellafield verfrachtet werden sollen. Plötzlich gab es da – im Unterschied zu allen Umlagerungskampagnen in der Vergangenheit – gar keinen Zeitdruck mehr. Und doch wird

Und auch nach dem Neckar-Castor wird der Sommer 2017 alles andere als langweilig: Zum 5. Mal findet am 28. und 29. Juli das e-Ventschau-Benefizfestival im kleinen Dörfchen Ventschau am östlichen Rand des Landkreises Lüneburg statt – nur einen Steinwurf von der „Grenze“ zum Wendland entfernt. Das Festival für die Kin-

der von Tschernobyl und Fukushima feiert damit sein erstes Jubiläum! „Wir freuen uns, dass das Konzept aufgeht und wir in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Euro an Spendengeldern sammeln konnten“, sagen die Veranstalter. In diesem Jahr wird erstmalig ein kleiner Eintritt erhoben, um das finanzielle Risiko für das Organisationsteam langfristig breiter zu verteilen. Der erzielte Überschuss geht wie gewohnt an die Kinder von Tschernobyl und Fukushima, die besonders von diesen Katastrophen betroffen sind.

Die Veranstalter wollen mit diesem Festival verhindern, dass die aus dem Blickpunkt der Weltöffentlichkeit schwindenden Opfer vergessen werden und außerdem erreichen, dass die politische Auseinandersetzung mit den weltweiten Konsequenzen der Atomnutzung weitergeht!

Auch die ungeklärten Fragen zum Umgang mit den radioaktiven Abfällen und dem Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke sollen nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden.

Trotz des allgegenwärtigen atomaren Schreckens lassen sich die Veranstalter nicht die Lust nehmen, ein fettes Fest zu feiern: Sie wollen dem Grauen eine möglichst positive Zukunftsperspektive entgegensetzen.

Das Spektrum der Live-Musik ist sehr breit: Es gibt Rock und Pop, Ska, Reggae, Funk, Hip-Hop, Weltmusik, Folk und Electro-Beats zu hören. Neben Hochkarättern wie Neonschwarz, Rainer Von Vielen und Transmitter treten lokale Leckerbissen wie Die Bockum Band, How To Train A Hamster, Miss Allie, O.I.C., Schwimmer, Kalletti Klub sowie ein Überraschungs-Act auf. Zudem gibt es Filmvorführungen und Ausstellungen, Lesungen und Vorträge.

Derentspannten Atmosphäre ist sicherlich auch das breite kulinarische Angebot zuträglich: Neben Bio-Bratwurst und Bier gibt es Leckereien aus der vegetarischen Küche. Ein Kinderprogramm und viel Platz zum Tollen und Toben, aber auch zum Chillen auf dem idyllischen Resthof im kleinen Ventschau runden das Ganze ab.

» Anti-Atom-Camp

Musik, wenn auch ganz anderer Art, spielt auch beim „Widerstandscamp – Regional - Bundesweit - International“ in Gedelitz nahe Gorleben eine Rolle. Vom 7. bis zum 16. August lädt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ein, sich über Zukunftsperspektiven auszutauschen. „Dabei soll die themenübergreifende Vernetzung im Mittelpunkt stehen“, ist eine Motivation des Organisationsteams. Deshalb soll nicht nur über die Probleme der Atom-mülllagerung – in Gorleben und international – gesprochen werden. Auch Themen wie Uranabbau, Kohleabbau, Fracking und Gefahren der Gas- und Ölindustrie, aber auch Flucht, Rechtsradikalismus, Digitale Freiheit und der Weltklimagipfel im November werden behandelt. Aktionstrainings, Ausstellungen, Lesungen, Widerstandskino und geführte Infotouren runden das Programm ab. Einer der Höhepunkte wird eine „Gemeinsame Aktion“ an den Gorlebener Atomanlagen am 12. August sein.

Und die Musik? Eingebettet in das Camp ist das schon aus vergangenen Jahren bekannte „FreeFlow Festival“ vom 11. bis zum 13. August. Es bietet „in familiärer Atmosphäre andere Musik, als mensch es von kommerziellen Festivals kennt“, so die Veranstalter/-innen. Die Schwerpunkte liegen auf improvisierter, jazziger, ethnoide und psychedelischer Musik. Auch um ihre Solidarität mit dem Widerstand im Wendland zum Ausdruck zu bringen, reisen unter anderem folgende Bands an: Stahlband, Strom, Tillfinity, Thomas Bisitz, Ständige Vertretung, sowie Harald Finke und Pflanzenmusik.

» Demo in Lingen

Anknüpfend an den Erfolg im letzten Jahr, soll es am 9. September eine Demonstration im emsländischen Lingen geben. Im vergangenen Oktober waren 700 Menschen zusammengekommen, um gegen die Doppelmoral der Politik zu demonstrieren. Denn die Anlage in Lingen ist nicht vom so genannten



Anti-Atom-Camp: Montag, 7. August bis Mittwoch, 16. August, jeweils von 10 bis 17 Uhr.
Weitere Infos:
bi-luechow-dannenberg.de

Gemeinsame Aktion an den Atomanlagen: 12. August, 11 bis 14 Uhr

FreeFlow-Festival: Freitag, 11. August bis Sonntag, 13. August, jeweils ab 17 Uhr.
Weitere Infos:
i21k.de/freeflow

Gasthaus Wiese, Gedelitz (bei Gorleben). Zelten möglich, Verpflegung durch VoIXküche

Samstag, 9. September. Genauere Angaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



Weitere Infos:
weltweit.nirgendwo.info

Atomausstieg in Deutschland betroffen. Weltweit werden Atomkraftwerke mit Brennelementen aus der dortigen Brennelementefabrik beliefert. „Die gleiche Bundesregierung, die öffentlich den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Doel und Tihange in Belgien kritisiert, genehmigte im März den Brennelementexport aus Lingen in eben diese AKWs“, so Anti-Atom-Aktivisten im Emsland. „Vor einem Jahr machte Umweltministerin Hendricks als engagierte Kritikerin der belgischen Pannereaktoren von sich reden – nun tritt sie durch die frischen Exportgenehmigungen für Brennelemente als wichtigste Garantin für deren Weiterbetrieb auf – das ist ein Skandal! Gibt es womöglich neben dem öffentlichen deutsch-belgischen Atomabkommen vom Dezember 2016 weitere nicht-öffentliche Zusatz-Deals, zum Beispiel zu den Uranbrennstofflieferungen aus Deutschland?“, fragt Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Daneben gibt es in Lingen ein stillgelegtes AKW, ein Zwischenlager und ein AKW, das in Betrieb ist. Trotzdem ist Lingen als Atomstandort relativ unbekannt. Das möchten die Veranstalter/-innen mit der Demonstration ändern.

» Weltklimagipfel in Bonn

Abgeschlossen wird das Aktionsjahr vermutlich mit Protesten in Bonn.

Vom 6. bis zum 17. November findet dort der 23. Weltklimagipfel unter der Präsidentschaft der Fidschi Inseln statt. Es geht um die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und den Versuch, die Erderwärmung bis 2050 unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Daran möchte sich auch die Atomindustrie beteiligen und als „Clean Energy“ ihren Teil dazu beitragen. Was die so genannten „Atoms for Peace and Development“ der Menschheit bisher beschert haben, zeichnet allerdings ein anderes Bild als das zum Beispiel die IAEA in Wien tut. In der Abschlusserklärung des Pariser Klimagipfels vom Dezember 2015 findet sich diese „Low Carbon Technologie“ in einer Grafik

direkt hinter der Wasserkraft und noch vor Wind- und Solarenergie. „Mit unserer Kampagne ‚Don’t Nuke the Climate‘ werden wir auch in Bonn mit vielen internationalen Verbündeten aktiv sein und diesen Märchen mit soliden Informationen und Erfahrungsberichten ein reales Bild entgegenstellen“, so Günter Hermeyer von der BI Lüchow-Dannenberg. Fördergelder in Milliardenhöhe sollen so genannten Schwellenländern helfen, die Nutzung dreckiger, fossiler Energieträger zu beenden und sie dazu befähigen, in saubere Energieformen einzusteigen.

Nun schickt sich die Atomindustrie an, einen nicht unerheblichen Teil der Zuwendungen abzugreifen, um, weil’s ja in Europa nicht mehr so reibungslos läuft, in den Ländern Afrikas gleich den gesamten „Nuklearen Kreislauf“ zu installieren. Den hochbelasteten Uranbergbau lässt sie dabei wohlweislich unerwähnt.

„Wir dürfen aber nicht zulassen“, so Hermeyer, „dass sich diese zutiefst destruktive Energieform unter dem Mäntelchen der CO₂-Armut und finanziert mit internationalen Geldern aus dem „Green Climate Fund“ wieder neu aufstellt. Wir fordern die sofortige Stilllegung des Euratom-Vertrags und die damit verbundene, einseitige Förderung dieser strahlenden Energie, sowie einen absoluten Stopp des Atomlobbyismus der IAEA und deren Umwandlung in eine Atomabwicklungsagentur.“ Große Minenkonzerne sind weltweit im Kohle-, Uran-, Gold- und Kupferbergbau aktiv und vertreiben damit immer mehr Menschen von ihrem angestammten Land. Der Klimawandel trifft die Menschen von Fidschi durch steigendes Wasser und regionale Wetterveränderungen schon jetzt hart. Das war auch in den 1960ern schon so: durch Französische Atombombentests in der Südsee. „‚Atoms for Peace and Development‘ hat es nie gegeben, deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Agenturen mit ihren Schöndarstellungen wieder neuen Aufwind für eine menschenverachtende Industrie schaffen. Wir fordern darum: ‚Don’t Nuke the Climate!‘“



Proteste werden auch den 23. Klimagipfel in Bonn vom 6. bis zum 23. November begleiten. Genauere Angaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Weitere Infos:
cop23-protest.de

Ein Atomwaffenverbot kommt

Bislang lehnt Deutschland eine weltweite Ächtung von Nuklearwaffen jedoch ab

Politik Die erste Verhandlungsrunde über ein weltweites Atomwaffenverbot ging Ende März in New York zu Ende. Seit Mitte Mai lag der erste Entwurf des Vertrags auf dem Tisch, Mitte Juni gingen die Verhandlungen weiter. Die Präsidentin der Verhandlungskonferenz, Botschafterin Whyte Gómez, drängt die Delegierten, mit einem Sinn für die Dringlichkeit der Aufgabe zusammen zu arbeiten. Sie ist zuversichtlich, dass der Vertrag noch in diesem Sommer beschlossen wird. Es gibt aber auch Widerstand gegen das Verbot – unter anderem von der Bundesregierung. Es berichtet **Xanthe Hall** vom IPPNW Deutschland.

Rund 130 Staaten beteiligten sich an den Verhandlungen. Alle neun Atomwaffenstaaten und die meisten Nato-Mitglieder boykottierten sie, darunter auch Deutschland, obwohl sich die Bundesregierung zu multilateralen Abrüstungsprozessen und zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekannt hat. Das Argument der Bundesregierung, Abrüstung könne nicht gegen den Willen der Atomwaffenstaaten durchgesetzt werden und der Verbotsvertrag sei daher sinnlos, verfehlt seine eigentliche Intention. Ein Atomwaffenverbot wirkt auch, wenn Atomwaffenstaaten sich nicht beteiligen. Endlich wären alle Waffen verboten, die unterschiedslos Menschen töten und darauf abzielen, katastrophalen Schaden anzurichten. Atomwaffen würde die Legitimität abgesprochen. Sie ständen auf der gleichen rechtlichen Stufe wie Bio- und Chemiewaffen, die bereits verboten sind.

» Die „humanitäre“ Abrüstung

Regierungen, die in diesem Prozess eine Schlüsselrolle spielen wie beispielsweise Österreich verfügen über Erfahrung in der „humanitären Abrüstung“. So kam der völkerrechtliche Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen ebenfalls gegen den Willen der Besitzerstaaten zustande. Die

Konvention trat 1999 mit 40 Ratifizierungen in Kraft. Bis heute wurde sie von 162 Staaten unterzeichnet. Der Erfolg des Ottawa-Prozesses wäre nicht möglich gewesen ohne die Internationale Kampagne zur Ächtung von Landminen, die für ihr Engagement mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Ähnlich lief es mit der Streumunition, die seit 2008 verboten ist.

Der Text des Vertragsentwurfs für ein Atomwaffenverbot ist ähnlich strukturiert wie bei der Ächtung anderer unterschiedslos wirkender Waffen mit einer starken Betonung auf dem humanitären Imperativ. In der Präambel werden die „katastrophalen humanitären Konsequenzen, die jeglichem Einsatz von Atomwaffen folgen würden“ als Rechtfertigung dafür genannt, dass Atomwaffen „nie wieder und unter keinen Umständen eingesetzt werden.“ Diese Wortwahl „unter keinen Umständen“ hatte die Bundesregierung bereits problematisiert, als sie die Unterzeichnung mehrerer Statements der „humanitären Initiative“ ablehnte, mit der Begründung, dass Deutschland als NATO-Staat für seine Verteidigung weiterhin an der nuklearen Abschreckung festhalte.

Artikel 1 des Vertragsentwurfs enthält die Verbote. Danach würden die Entwicklung, die Herstellung,

die Beschaffung, die Lagerung sowie der Besitz von Atomwaffen untersagt. Spezifisch wird der Einsatz und das Testen von Atomwaffen verboten sowie der Transfer oder die Annahme von Atomwaffen, sei es direkt oder indirekt. Auch Hilfeleistung für die verbotenen Aktivitäten wird untersagt.

» Schwächung des bestehenden Regimes?

Die Bundesregierung äußert die Sorge, dass ein Atomwaffenverbot den Atomwaffensperrvertrag schwächen könne. Doch seit der unbefristeten Verlängerung dieses Vertrags 1995 stehen die multilateralen Verhandlungen über eine nukleare Abrüstung still. In letzter Zeit haben die Präsidenten der USA und Russland sogar erklärt, dass sie ihre ohnehin übergroßen Nuklearwaffenarsenale noch vergrößern und verstärken wollen. Ein Atomwaffenverbot könnte den Vertrag also eher retten als schwächen.

Im Vertragsentwurf haben die Befürworter des Atomwaffenverbotes versucht, die Sorge Deutschlands und anderer skeptischer Staaten zu entkräften. In der Präambel steht explizit, dass die Wichtigkeit des Atomwaffensperrvertrags als Eckpfeiler des internationalen Nichtverbreitungsregimes und wesentlichem Funda-

ment für die Verfolgung der nuklearen Abrüstung bekräftigt wird. Die Kritik der Bundesregierung, es gebe kein Überwachungssystem, um zu prüfen, ob alle Vertragsparteien atomwaffenfrei sind, überzeugt nicht. Erstens hat die Bio- waffenkonvention auch kein Ver- rifikationssystem, was die Ver- tragsparteien nicht davon abge- halten hat, die Konvention zu be- schließen. Zweitens gibt es be- reits für die Überwachung ander- er Atomwaffenverträge UN-Kon- trollsysteme, die die Nichtverbrei- tung von Atomwaffen kontrollie- ren. Laut Vertragsentwurf soll das Sicherheitsabkommen mit der In- ternationalen Atomenergie-Or- ganisation (IAEO) für den Nicht- verbreitungsvertrag auch für das Atomwaffenverbot die Grundla- ge der Kontrollen und Inspektio- nen sein. Alle Parteien, die Nu- clearanlagen besitzen, müssten ein solches Abkommen abschlie- ßen. Staaten, die ihre Atomwaffen eliminiert haben, werden eben- falls durch die IAEO überprüft. Und drittens: eine Beteiligung Deutschlands an den Verhandlun- gen hätte sicherstellen können, dass ein Überwachungssystem im Sinne der Bundesregierung Teil des Vertrags wird.

» Tatsächlicher Ablehnungsgrund

Der Boykott der Verhandlungen durch die Bundesregierung nährt eher den Verdacht, dass Deutsch- land sich die Option der „nukle- aren Teilhabe“ aufrechterhalten will. In jüngster Zeit wird in den Medien wiederholt berichtet, dass in politischen Kreisen mit Blick auf Donald Trump sogar über ei- nen deutschen Griff zur Bombe oder eine europäische Atombom- be nachgedacht wird. Es sei dar- an erinnert, dass die Bundesre- gierung den Atomwaffensperr- vertrag 1973 nur unter dem Vor- behalt einer deutschen Mitverfü- gung über Atomwaffen im Rah- men einer europäischen Militär- und Sicherheitspolitik unterzeich- nete. Die internationale Juristen- vereinigung gegen Atomwaffen (IALANA) weist darauf hin, dass alle NATO-Staaten den „Kriegs- vorbehalt“ in Anspruch nehmen. Gemäß einer Erklärung des au-

Der Boykott durch die Bundesregierung nährt den Verdacht, dass Deutschland sich die Option der nuklearen Teilhabe aufrechterhalten will

ßenpolitischen Ausschusses des US-Senats von 1968 soll der Atomwaffensperrvertrag dann nicht mehr gelten, wenn „eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird“.

Für Deutschland ist daher ins- besondere Absatz 2a des Arti- kels 1 im Vertragsentwurf wich- tig, wonach jegliche Stationie- rung von Atomwaffen untersagt wird. Diese Bestimmung bedeu- tet, dass die US-Atomwaffen in Büchel abgezogen werden müs- sen, bevor Deutschland unter- zeichnen kann. Nach der Ver- öffentlichung des Vertragsent- wurfs wurde die Bundesregie- rung in der Bundespressekon- ferenz von dem Journalisten Ti- lo Jung (Jung & Naiv) nach ihrer Bewertung gefragt. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes behau- pte, dass Deutschland sich be- reits jetzt an die im Vertragsent- wurf enthaltenen Verbote halten würde. Doch über die Lagerung von US-Atomwaffen in Deutsch- land wollte er aufgrund der Ge- heimhaltung nicht sprechen. In Büchel in der Eifel wollen die USA eine völlig neue Generati- on von Atomwaffen stationie- ren, die B61-12-Atombomben. Sie bringen neue Fähigkeiten mit sich: Zur flexiblen Einstel- lung der Sprengkraft kommt ei- ne digitale Lenkbarkeit zur Füh- rung ins Ziel. Damit sinkt die Hemmschwelle für einen Einsatz.

» Wie geht es weiter?

Ein Verbotsvertrag hätte auch dann Auswirkungen auf das Ver- halten der Atomwaffenstaaten, wenn sie sich weigern, dem Ab- kommen beizutreten. Dafür wä- re es besonders wichtig, dass be- stimmte Verbote – die momentan im Vertragsentwurf fehlen – ent- halten sind. Beispielsweise könn- te der Vertrag ein Verbot der In- vestitionen in die Herstellung von Atomwaffen oder ihren Trä- gersystemen enthalten wie beim Landminenvertrag. Dann würde Finanzinstituten in Ländern, die den Vertrag unterzeichnet haben, die Finanzierung von Mischkon- zernen wie Boeing oder Airbus untersagt. Das wiederum wür- de es den Herstellerfirmen er-

schweren, die Milliardenaufträ- ge für die Modernisierung der Atomwaffen vorzufinanzieren. Zudem könnte beispielsweise der Transit durch die Gewässer und den Luftraum der Vertragspartei- en untersagt werden. Damit wä- re der Bereich, in dem Atomwaf- fen-U-Boote patrouillieren könn- en, eingegrenzt und Flugübun- gen oder Transporte zu alliierten Gebieten erschwert.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass NGOs – die ein Rederecht in den Verhandlungen haben – für weite- re Verbote eintreten werden. Mo- mentan enthält der Vertragsent- wurf kein explizites Verbot der An- drohung des Einsatzes mit Atom- waffen, was IALANA bemängelt. Umweltorganisationen wiede- rum halten den Entwurf für zu schwach in der Normenbildung gegen Umweltzerstörung durch Kriegshandlungen. Hier gibt es die einmalige Chance, nicht nur die humanitären Folgen, sondern auch die Folgen für die Umwelt zu thematisieren und in den Verbo- ten explizit zu benennen.

Diese und andere Themen wer- den in der aktuell laufenden zwei- ten Verhandlungsrunde in New York ausgehandelt. Die Hoff- nung ist, dass am Ende der Run- de der Vertrag schon steht, so dass der Unterzeichnungs- und Ratifizierungsprozess beginnen kann. Laut Entwurf braucht der Vertrag nur 40 ratifizierende Staa- ten, um in Kraft zu treten. Es wä- re damit möglich, dass schon im nächsten Jahr ein Atomwaffen- verbot geltendes Recht in vielen Staaten und in nationalen Geset- zen verankert wird.

» Auf ein Desaster warten ist keine Strategie

Die Bundesregierung behauptet, dass die Zeit für ein Atomwaffen- verbot nicht reif sei. Der öster- reichische Delegierte Alexander Marschik hat bei der Eröffnung der Verhandlungskonferenz im März gesagt, es gebe keine „fal- sche“ Zeit, um Atomwaffen zu ver- bieten. „Und ehrlich: Wenn man die Gefahren anschaut – was ist die Alternative? Ist es strategisch besser nichts zu tun? Auf ein De- saster warten ist keine Strategie.“

Die vergessenen Bomben

In der Eifel: Zwanzig Atomsprengköpfe lagern in Deutschland

Protest In Büchel in der beschaulichen Eifel lagern zwanzig US-Atombomben, die im Falle eines Falles von der Bundeswehr eingesetzt würden. Eine Gruppe von Aktivist/-innen protestiert dagegen mit einem fünfmonatigen Aktionsmarathon.

März 2017. Blockade des Fliegerhorsts Büchel in der Eifel. Dort sind die zwanzig US-amerikanischen Atombomben stationiert, die der Bundeswehr im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO zugeordnet sind. Regelmäßig finden dort Übungen zum völkerrechtswidrigen Einsatz der Atomwaffen statt. Die Blockade war der Auftakt einer 20-wöchigen Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“, mit der Aktivist/-innen noch bis zum 9. August in

zahlreichen Aktionen am Fliegerhorst auf die Lagerung von Nuklearwaffen in Deutschland aufmerksam machen wollen.

„Es ist eine Schande“, so Marion Küpker, die regelmäßig an Aktionen zivilen Ungehorsams in Büchel teilnimmt, „dass das im Koalitionsvertrag festgehaltene Bekenntnis zu einer atomwaffenfreien Welt keinerlei Auswirkungen auf das Regierungshandeln hat. Wir fordern die Bundesregierung daher eindringlich dazu auf,

an der nächsten Verhandlungsrunde aktiv teilzunehmen, anstatt nur scheinheilige Lippenbekenntnisse abzugeben.“

Auch Arvid Jasper ist empört: „Denn die Möglichkeit eines Atombomben-Abwurfs von Büchel aus stellt eine immense Bedrohung nicht nur in Zeiten unruhiger politischer Lage dar. Wir sehen es als unsere Pflicht an, uns dieser unmenschlichen Abschreckungsmaschinerie mit unseren Körpern entgegenzustellen.“ (pm)

Der unerkannte Weg zur Bombe

In Deutschland: Forschung an neuen Atomreaktoren und Atomwaffen

Forschung „Man kann so vieles heutzutage nicht mehr verstehen“, bemängelt selbst ein erfahrener Politiker wie der bayrische Grünen-Abgeordnete Hans-Josef Fell. Deutschland hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet und das Ende der Nutzung der Atomenergie beschlossen. Dennoch gibt es staatlich finanzierte Forschungen in Deutschland, um neue Generationen von Atomkraftwerken, zum Beispiel mit Thoriumflüssigsalzreaktoren, sowie neue atomwaffentaugliche Materialien zu entwickeln. Dazu hat Euratom Watch kürzlich Stellung genommen.

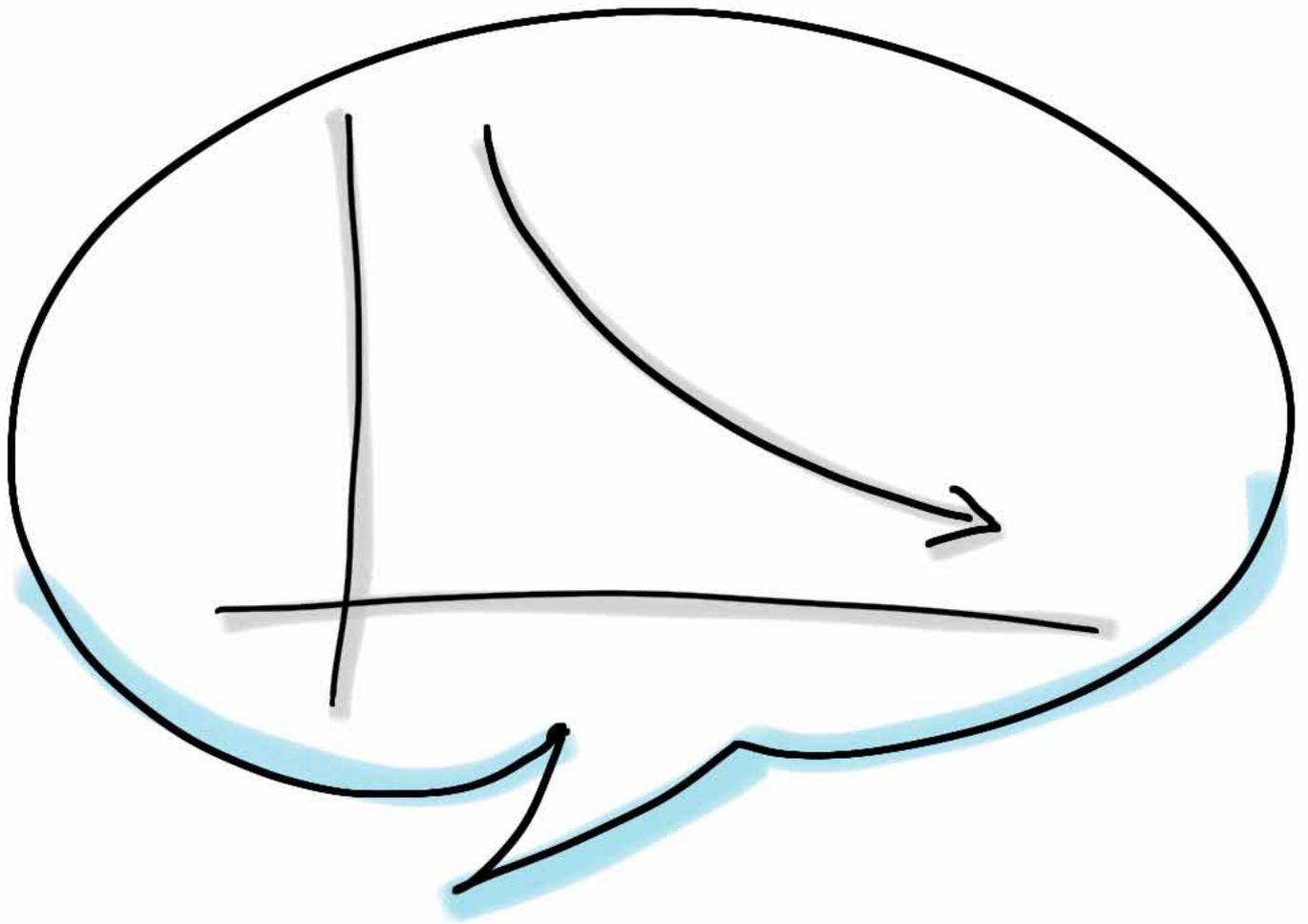
Unter dem Deckmantel der angeblichen Sicherheitsforschung, gibt es – unbekannt in der Öffentlichkeit, nicht diskutiert in der Fachöffentlichkeit, geschweige denn in der Politik – insbesondere an KIT Nuklearinstituten in Karlsruhe sowie am Institut für Transurane der Europäischen Kommission (JCR-ITU) ebendort Forschungen für die Entwicklung der vierten Generation von Atomreaktoren. Diese Forschungen sind beispielsweise geeignet für die Entwicklung Kleiner Modularer Reaktoren (SMR), die auch andere europäische Länder unter EURATOM und mit nationalen Mitteln vorantreiben. SMR

sind besonders bedrohlich für die Welt, weil sie dezentral massenhaft aufgebaut werden könnten, womit sich atomare Unfallgefahren und Terrorziele potenzieren würden.

Schlimmer noch: Diese Forschungen am KIT können gleichzeitig zur Entwicklung neuer Atomwaffenmaterialien führen, erbrütet aus Thorium, welches bislang als atomwaffenuntauglich galt. Damit werden in Deutschland mit öffentlichen Mitteln aus dem Bundesforschungsministerium und aus EURATOM-Mitteln neue Generationen von Atomreaktoren und Atomwaffen entwi-

ckelt. Auf der Basis des EU-Programmes SAMOFAR missachtet das Bundesforschungsministerium damit einerseits den gesetzlichen Auftrag, wonach neue Atomreaktoren nicht mehr gebaut und entwickelt werden dürfen, und andererseits die internationalen Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags.

Eine Autorengruppe, die verständlicherweise anonym bleiben möchte, hat umfangreiche Recherchen, klar belegt mit öffentlich zugänglichen Quellen, zusammengetragen. Wir veröffentlichen das zehnteilige Dokument auch auf unserer Internetseite.



Der Klimawandel zwingt die Menschheit zum Umdenken. Doch wird der Ersatz des Diesel-PKW durch ein Elektroauto, die Stromproduktion aus regenerativen Energien statt aus Kohle und Atom genügen, die Welt zu retten?

Weniger ist Mehr

Die verführerische Zugkraft des Neuen

Bislang ist das Aufhören keine verbreitete Praxis. Doch es gibt Beispiele, die zeigen, wie es geht. Die Umweltjournalistin Anja Humburg sprach mit der Forscherin Luise Tremel und dem Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Wolfgang Ehmke über das Aufhören.

Der Schauplatz für unser Gespräch ist das Museum um Lüneburg, wo Salzbrocken hinter Glas daran erinnern, dass die Saline in früheren Zeiten die ganze Region prägte. Der Abbau des Salzes unter der Stadt kam an sein Ende. Für Lüneburg war das einer der bedeutsamsten Prozesse des Aufhörens in seiner Geschichte. Heute schöpft die Stadt aus anderen Quellen ihre Kraft, auch davon erzählt das Museum.

» Was war das Wichtigste, womit Sie in Ihrem Leben aufgehört haben?

Luise Tremel: Ich habe vor drei Jahren meine Hochzeit abgesagt, weil ich jemand anderen kennengelernt habe. Dieser Ausstieg aus einem vorgedachten, geplanten Lebensweg war für mich der radikalste Moment, in dem ich Aufhören selbst verursacht habe.

Wolfgang Ehmke: Ich habe viele Jahre als Lehrer in der Schule gearbeitet, dann aber aufgehört, weil ich das Gefühl hatte, dass es der falsche Beruf ist. Nach einem Jahr Pause bin ich doch wieder in der Schule gelandet und habe mich damit versöhnt. Aber ich habe beschlossen, mein politisches Engagement raus aus der schulischen und der nur gewerkschaftlichen Arbeit zu verlagern. Dann kam der Gorleben-Konflikt. Meine Großeltern lebten in Gorleben. Seither macht dieses Engagement einen Großteil meines Lebens aus.

» Frau Tremel, Sie haben unter anderem Geschichte studiert und suchen in der Vergangenheit nach Erklärungen und Auswegen für die Probleme von heute. Was zeigt der Blick zurück?

Luise Tremel: Was mich ziemlich

sorgt in der Diskussion um die ökologische Transformation, ist, dass man dort fast nur über das Neue spricht. Die Windräder, die Solarpaneele, die Elektroautos sind das, worauf wir uns konzentrieren. Wir beschäftigen uns aber wenig damit, was wir alles lassen müssen, damit wir in einer guten Welt leben können. Deswegen habe ich mich gefragt, wie erfolgreiche Prozesse des Beendens von zerstörerischen Verhaltensweisen aussehen können. Wir kennen ein paar solcher Prozesse. Zum Beispiel die Abschaffung der Sklaverei.

» Was geschah damals?

Luise Tremel: Rund um den Atlantik wurden vom 16. Jahrhundert bis weit ins 19. Jahrhundert Afrikanerinnen und Afrikaner entführt, um in der Karibik, in Brasilien und in den heutigen USA als Sklaven zu arbeiten. Das war für alle, die selbst keine Sklaven waren, sehr lukrativ, weil alle Seemächte an diesem Handel teilhaben konnten und all diejenigen, die Landwirtschaft betrieben haben, Arbeitskräfte hatten. Es gab Gesellschaften, die extrem davon profitiert haben, Sklaven zu haben. Sie haben billig Produkte wie Zucker, Baumwolle oder Kaffee bekommen, aber auch unfreiwillige Sexualpartnerinnen und Haushaltskräfte. Angefangen in Großbritannien haben diese Gesellschaften die Sklaverei im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts infrage gestellt und beendet.

» Wie lange hat das gedauert?

Luise Tremel: International ungefähr ein Jahrhundert. Eine starke Bürgerbewegung, vor allem in Großbritannien, hat über Jahrzehnte dafür gearbeitet, dass erst der Sklavenhandel, dann die Skla-

verei selbst verboten wurden. Andere Gesellschaften folgten, wenige mit eigenen Bewegungen, die anderen einfach, weil die Briten und dann die Amerikaner eine neue Realität geschaffen hatten.

Wolfgang Ehmke: In den USA hat es sogar zum Bürgerkrieg geführt. Mit Überzeugung allein ging es nicht.

» In Gorleben geht es auch ums Aufhören, um den Ausstieg aus der Atomkraft. Herr Ehmke, Sie begleiten und prägen seit 1977 die Anti-Atom-Bewegung, seit dem Jahr als Ministerpräsident Ernst Albrecht den Standort Gorleben zum Endlager erklärte. Was sagt der Fall Gorleben über das Aufhören?

Wolfgang Ehmke: Wir haben Geschichte gelebt und geschrieben in diesen 40 Jahren. Wir waren damals die Ökospinner. Das Hütendorf „1004“ hat sich in die Erinnerung von vielen eingegraben. Aus Protest gegen die Entscheidung bauten wir im Sommer 1980 genau an der Bohrstelle Nummer 1004, wo das Atomklo entstehen sollte, ein Dorf aus Bretterhütten und verkohlten Baumstämmen, denn vor der Standortentscheidung hatte dort der Wald gebrannt. Sechs Wochen lang konnte da der Traum von einer Sache ausprobiert werden: kollektiv leben und Widerstand leisten. Immer mit der Bedrohung, dass wir durch die Polizei geräumt werden. Das war aus heutiger Sicht der Anfang vom Ende der Atomwirtschaft in Deutschland, der anhaltenden Protestwelle gegen Atomkraft. Aber wir allein als außerparlamentarische Bewegung hätten den Atomausstieg nicht gewuppt. Ohne die schweren Unfälle in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima hätten wir nicht Recht bekommen. Verteilungskämpfe gibt

es bei uns auch, aber im Kleinen, wenn Gewerkschafter für ein Atomkraftwerk oder für den Erhalt der Kohlegruben auf die Straßen gehen.

» Zum 40. Jahrestag der Gorleben-Standort-Bestimmung in diesem Jahr kamen einige hundert Menschen und Dutzende Trecker rollten vors Zwischenlager. Aber es waren nicht mehr Tausende auf den Straßen. In welcher Phase steckt die Atomdebatte heute?

Luise Tremel: Die Anti-AKW-Bewegung ist in gewisser Hinsicht extrem erfolgreich, weil sie die ernstzunehmendste Regulierung zustande gebracht hat, die wir in der deutschen Ökologie-Frage sehen. Sie hat tatsächlich einen gesetzlichen Beschluss hervorgebracht, der bewirkt, dass mit der Atomkraft aufgehört werden muss.

Wolfgang Ehmke: Das stimmt nur eingeschränkt, denn selbst in Deutschland laufen noch AKWs und die Atommüllfrage ist überhaupt nicht geklärt. Aber das Entscheidende hat noch nicht geklappt: die Spirale des Immernoch-Mehr zu durchbrechen, um die begrenzten natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Luise Tremel: Atomkraft ist nur ein Teil des Puzzles. Wenn wir die Gesamtenergie betrachten, also auch die Kohle und die gesamte fossile Energienutzung, dann sind wir als Gesellschaft noch weit weg von einem ernsthaften Abschied. In den letzten Jahren wehten zwischen Ausstieg und dem Ausstieg aus dem Ausstieg Fahnen mit der Aufschrift „Atomkraft, nicht schon wieder“. Das fand ich sehr bezeichnend für solche Prozesse: Es kann immer passieren, dass eine Regierung vermeintliche Erfolge zurückdreht. Inzwischen ist etwas anderes passiert, was ich auch aus dem Sklaverei-Fall kenne: Die Anti-Atom-Bewegung kann sich nicht im nötigen Maße an der Diskussion beteiligen, wo der ganze Schrott hin kommt. Sie hat, auch wegen ihres eigenen Erfolgs, nicht mehr die öffentliche Sichtbarkeit, die wichtig wäre, damit sich die Ge-



Oben: Anja Humburg, Umweltwissenschaftlerin und Journalistin

Mitte: Luise Tremel, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin

Unten: Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der BfL Lüchow-Dannenberg

sellschaft weiter damit beschäftigt. Das ist total gefährlich, weil dadurch viel von dem Erreichten wieder infrage gestellt werden kann.

» Warum fällt es uns so schwer, mit etwas aufzuhören, von dem wir wissen, dass es unserer Erde schadet?

Wolfgang Ehmke: Die Menschen haben Verlustängste. Sie glauben lange Zeit, dass sie ohne Atomkraft tatsächlich im Dunkeln sitzen müssten. Im Konflikt um den Bau des AKW Wyhl ließ der damalige Ministerpräsident Hans Filbinger während eines Fußball-Länderspiels für kurze Zeit den Strom im Stadion abstellen. Diese Drohung machte den Menschen Angst. Angst ist ein ganz schlechter Ratgeber.

Luise Tremel: In einer Gesellschaft wie unserer ist es nicht vorstellbar, dass man alleine aufhört. Am Ende bleibe ich immer Steuerzahlerin, das heißt ich bin mitverantwortlich, wenn umweltschädliches Verhalten subventioniert wird. Und unsere globale Wirtschaftsordnung treibt uns in eine bestimmte Richtung. Durch diese Wirtschaftsordnung haben wir eine fatale Beziehung zu Menschen in anderen Weltregionen. Wir beuten die Menschen aus und beschäftigen sie zum Teil in sklavereiähnlichen Verhältnissen.

» Können wir gar nicht aufhören?

Luise Tremel: Nicht aufhören können, das geht mir zu weit. Es ist mehr ein Nicht-aufhören-Wollen. Aufhören ist eine Frage des politischen, aber auch des individuellen Willens. In Deutschland sehe ich in beiderlei Hinsicht keinen ausreichenden Willen, unseren Lebensstil zu verändern.

» Wie schaffen wir es aufzuhören?

Luise Tremel: Wir brauchen im Aufhören immer etwas, das strahlt und zeigt, da wollen wir hin. Dazu müssen wir das Normale im Kopf umgedreht kriegen. Wie bei den Polen eines Magneten. Was vorher angezogen hat,

kann abstoßen, wenn man den Pol ändert. Und umgekehrt. Die Perspektive, andere Menschen nicht länger auszubeuten, könnte uns Kraft für diese Veränderung geben. Früher fand man es vielleicht attraktiv, billige Kleidung oder Technik zu bekommen, aber wenn man etwas verstanden hat, dann will man das einfach nicht mehr, dann stößt es ab.

Wolfgang Ehmke: Damals im Hütendorf 1004 hatten wir eine unglaubliche Lebenslust. Es wurden eine Solaranlage und ein Windrad gebaut. Da gab es die Bastler und Tüftler, die versucht haben mit einem schwarzen Gartenschlauch die Wärme eines Misthaufens zu speichern und sie abends für eine warme Dusche zu nutzen. Heute sind das diejenigen, die Biogasanlagen oder Windräder betreiben. Wer übers Land fährt, sieht die vielen Solaranlagen neben dem Widerstands-X. Aus dem, was damals verlacht wurde, ist heute eine Erfolgsgeschichte geworden, also der Siegeszug der Regenerativen. Damals hätte ich das nicht für möglich gehalten. Wir haben mit dem Atomausstieg den Weg frei gemacht dafür, dass etwas Neues wachsen kann.

Luise Tremel: Viele von unseren destruktiven gesellschaftlichen Angewohnheiten wären uns wohl nicht so lieb, wenn uns nicht etwas anderes fehlen würde. Kontakt, Anerkennung, Sinn. Verschiedene neue Praktiken, wie gemeinschaftliches Gärtnern, könnten eine Variante sein, wie man das wiederfindet und aushält, dass es nicht mehr so viel Konsum geben kann.

» Muss ich mich da jetzt entscheiden: Entweder ich gehe auf die Straße und protestiere gegen Kohle und Atom oder ich engagiere mich im Repair Café, mache mit beim Nachbarschafts-Carsharing und Urban Gardening?

Luise Tremel: Nein, das Erfinden und der Widerstand gehören untrennbar zusammen. Das zeigt der Sklaverei-Fall. Sie können nicht erfolgreich aufhören, wenn Sie nicht wissen, wohin Sie wollen.

Damals haben die Menschen aufgehört Sklaven zu halten, ohne dass sie wussten, welche Art von Landwirtschaft oder welche Art von Gesellschaftsordnung stattdessen entstehen sollte. Das hat zu extremen Konflikten geführt. Gleichzeitig wird Innovation alleine das Problem nicht lösen, weil sonst all die alten, schlechten Sachen bleiben, die bequem sind oder die alternativlos erscheinen.

Wolfgang Ehmke: Man darf den Leuten nur nichts verbieten, das geht nach hinten los...

Luise Tremel: Ich glaube, man muss den Leuten etwas verbieten. Atomkraft ist ja künftig auch verboten. Wir wurden gesetzlich dazu verpflichtet.

Wolfgang Ehmke: Das wurde gesellschaftlich ausgehandelt.

Luise Tremel: Genau. Wir haben uns selbst dazu verpflichtet. Deshalb ist es für Vattenfall verboten, weiterhin mit Atom Geld zu machen.

Wolfgang Ehmke: Richtig. Aber große Veränderungen muss man den Leuten schmackhaft machen. Beim Essen hatten die Grünen den Salat, als sie den Veggie-Tag forderten. Wenn man aber Lust auf Vegetarisches und Leckeres oder Veganes bekommt, ist eine Veränderung viel leichter. Energiesparen berührt auch den Geldbeutel und in diese unverkrampfte Richtung sollte es meines Erachtens gehen.

» Was müssten Politikerinnen, Unternehmer, Wissenschaftler oder Bürgerinnen lernen, um aufhören zu können?

Luise Tremel: Es müsste einen ernsthaften gesellschaftlichen Dialog geben über die Herausforderung, vor der wir stehen. Das, was die Parteien gerade machen, ist eine Art Verschleierung der Problematik und der Zukunftsfragen, indem sie behaupten, sie hätten eine Lösung, in diesem Fall Technik in Form von Innovation und Effizienz. Die Lösung wird aber die gesamte Gesellschaft einbeziehen müssen, also Unternehmerinnen genauso wie Aktivistinnen ge-

nauso wie Sozialarbeiter genauso wie Lehrerinnen. Wir stehen vor einer Generationenaufgabe, bei der jede mitmachen muss, die etwas erfinden, etwas lassen, etwas vormachen oder etwas vermitteln kann. Es ist okay, dass keiner bisher eine Antwort hat. Niemand weiß, was das bedeuten wird für unsere Gesetze, für unsere Art der Mobilität oder für die Beziehungen zu Ländern wie Bangladesch.

Wolfgang Ehmke: Diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess haben wir für die Atommülldebatte eingefordert. Aber der Dialog um die Frage, was man eigentlich mit dem Atommüll macht, hat nicht stattgefunden. Das ist ein Armutszeugnis, weil wir mit der Herausbildung der Zivilgesellschaft gereift sind. Das Standortauswahlgesetz ist zwar das erste Gesetz, das ein „lernendes Verfahren“ beschreibt. Es steht also nicht von vornherein fest, wie wir zum Ziel kommen. Aber die Politiker trauen sich auf der Zielgeraden nicht, das umzusetzen, sie kehren ängstlich zum Durchregieren zurück.

» Ist aufhören lokal einfacher?

Wolfgang Ehmke: In Lüchow-Danzenberg schiebt im Moment die Kreisverwaltung die neuen Suffizienzprojekte mit an, also die, die sich das „Weniger ist mehr“ zum Ziel gemacht haben. Wir luden die Verwaltung ein, sich auf dem diesjährigen Gorlebentag auf der kulturellen Landpartie vorzustellen. Als Anti-Atom-Bewegung, die wir immer in Konflikt mit Verwaltung und Staat waren, bieten wir nun das Forum für die Verwaltung. Man sieht daran, dass wir tatsächlich auf einem guten Weg sind.

Luise Tremel: Egal ob größer oder kleiner: Wir müssen Räume schaffen, wo Leute sagen können: „Ich habe Bock, mich hier zu engagieren. Ich fühle mich hier gut.“ Dieses Bewegt-Sein, Berührt-Werden und In-Kontakt-Kommen, das ist etwas, woran unsere Gesellschaft immer ärmer wird. Diesen Reichtum zu kultivieren, ist ein Schritt, um uns davon zu befreien, dass wir entsetzliche Praktiken als normal akzeptiert haben.

„
Als
Gesellschaft
sind wir noch
weit weg
von einem
ernsthaften
Abschied

Luise Tremel

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Aufruf

Widerstandscamp FreeFlow Festival

Gedelitz im Wendland
Camp: 7. - 16. August
Festival: 11. - 13. August

Livemusik Aktionen
Workshops Lachen
Machen Chillen Leben
Internationale

Antiatomvernetzung
12.8. 11-14 Uhr Aktion an den Atomanlagen
www.bi-luechow-dannenberg.de



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

